

Gegen Rassismus und rechte Hetze stimmen!

Rechte Propaganda in NRW vor den Europa- und Kommunalwahlen 2014



Eine Handreichung des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus der FH Düsseldorf im Auftrag des Landesintegrationsrates Nordrhein-Westfalen

Neufassung

Landesintegrationsrat



NRW

Herausgeber:

Landesintegrationsrat Nordrhein-Westfalen
Helmholtzstr. 28 · D-40215 Düsseldorf
www.landintegrationsrat-nrw.de

Inhalt:

Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Fachhochschule
Düsseldorf - www.forena.de

Autoren:

Alexander Häusler, Rainer Roeser
V.i.S.d.P.: Engin Sakal - Neufassung Mai 2014

Fotos:

Roland Geisheimer -
attenzione photographers

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Einleitung.....	3
1. Europa und Deutschland rechtsaußen	4
2. Die Rechte vor der Kommunalwahl in NRW.....	8
2.1 Kampagnen und ihre rassistische Stoßrichtung	8
2.2 NPD	9
2.3 Die Rechte	12
2.4 Pro NRW / pro Köln	15
2.5 Die Republikaner	18
2.6 Alternative für Deutschland.....	20
2.7 Parteilose Neonazis	23
3. Handlungsanforderungen	25
4. Informationsquellen und Beratungsangebote	27
Fußnoten.....	29

Vorwort

Am Sonntag, den 25. Mai 2014, ist Wahltag: An diesem Tag finden, gemeinsam mit der Europa- und Kommunalwahl, die Integrationsratswahlen in Nordrhein-Westfalen statt. In seiner Plenarsitzung vom 18. Dezember 2013 hat der nordrhein-westfälische Landtag unter anderem beschlossen, dass die Wahl der Mitglieder des Integrationsrates künftig am Tag der Kommunalwahl erfolgen soll.

Für viele Migrantinnen und Migranten ist das die einzige Chance, durch ihre Stimme das politische Leben in ihrer Stadt mitzubestimmen. Die Integrationsräte sind die Interessenvertretungen aller Migrantinnen und Migranten in den Kommunen. Menschen unterschiedlicher Herkunft arbeiten solidarisch für das gleichberechtigte Zusammenleben aller in unserer Gesellschaft. Gleichzeitig sind die Integrationsräte Expertengremien für das Thema Integration vor Ort. Gemeinsam mit Ratsmitgliedern können die Integrationsräte eine aktive, respektvolle und vom Prinzip der Akzeptanz geprägte Integrationspolitik in den Städten und Gemeinden voranbringen.

Der Landesintegrationsrat NRW vertritt die kommunalen Integrationsräte auf Landesebene. Er setzt sich für das friedliche Zusammenleben und die Gleichberechtigung aller Menschen in Deutschland ein und hat stets das Wohl der Gesamtgesellschaft im Blick. Er tritt dabei insbesondere für die kulturelle, soziale, rechtliche und politische Gleichstellung der im Land lebenden Migrantinnen und Migranten ein, die ihren Lebensmittelpunkt in Nordrhein-Westfalen haben.

Anlässlich der bevorstehenden Kommunal- und Europawahlen wollen Parteien aus

dem rechten Lager Migranten, Flüchtlinge und Asylbewerber zum Sündenbock für eine verfehlte Sozial- und Wirtschaftspolitik abstempeln. Mit perfiden Kampagnen wie den angekündigten „Lichterketten gegen Asylmissbrauch“ versucht etwa die extrem rechte Partei *pro NRW*, gegen Minderheiten und unsere multikulturell verfasste Gesellschaft zu hetzen.

Das stößt auf unseren entschiedenen Widerstand!

Um wirkungsvoll rechter Hetze und Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft entgegenzutreten zu können, muss Sachkenntnis hergestellt werden. Deshalb haben wir den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus der Fachhochschule Düsseldorf gebeten, Informationen zu den rechten Aktivitäten in NRW vor den anstehenden Wahlen zusammenzutragen. Die vorliegende Handreichung soll über diese Machenschaften aufklären und der Orientierung für kommunale Integrationsräte, zivilgesellschaftliche und kommunalpolitische Akteure sowie lokale Medien dienen.



Tayfun Keltek

Vorsitzender des Landesintegrationsrates
Nordrhein-Westfalen

Einleitung

Zu den bevorstehenden Europawahlen sowie den zeitgleich stattfindenden Kommunalwahlen in NRW treten am rechten Rand unterschiedliche Parteien zur Wahl an. Sie alle eint eine ablehnende Haltung gegenüber unserer multikulturell verfassten Einwanderungsgesellschaft und sie versuchen, auf Kosten eines friedlichen interkulturellen Zusammenlebens mit Ressentiments gegenüber Migrantinnen und Migranten auf Stimmenfang zu gehen.

In der vorliegenden Broschüre wird folgend ein komprimierter Einblick in die Wahlkampfaktivitäten von rechtsaußen gegeben.

Im ersten Teil wird das heterogene Parteienspektrum der extremen und der populistischen Rechten in Europa beschrieben. Es wird verdeutlicht, welche Parteien und Koalitionen in diesem politischen Spektrum aktiv sind und welche Themen im Wahlkampf im Vordergrund stehen. Zudem werden die Begrifflichkeiten ‚extreme Rechte‘ und Rechtspopulismus‘ grundlegend erläutert.

Im zweiten Teil wird ausführlich die Situation von Rechtsaußen-Aktivitäten vor der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen beschrieben. Hierbei werden die Aktivitäten und Positionen der einzelnen Parteien nachgezeichnet, die zur Wahl antreten. In einem weiteren Schritt wird auf das parteilich nicht gebundene Neonazi-Spektrum eingegangen.

Im dritten Teil werden in komprimierter Form Handlungsempfehlungen im Umgang mit rechten Kampagnen gegeben.

Die abschließend aufgeführten Informationsquellen und Beratungsangebote sollen einer vertiefenden Betrachtung dienlich sein und Hilfestellungen geben für die Auseinandersetzung mit rechten Agitationen.

1. Europa und Deutschland rechtsaußen

Die NRW-Kommunalwahlen stehen stark im Zeichen der Europawahlen.¹ Die Wirtschaftskrise in Europa ist zugleich eine politische Vertrauenskrise: Immer mehr Menschen verlieren den Glauben an eine sozial gerechte Politik in Europa. Dies ist das Einfallstor für Rechtsaußen. Durch den Wegfall der Drei-Prozent-Hürde erhoffen sich auch extrem rechte Parteien wie die NPD oder pro NRW den Einzug in das Europaparlament.

Unterschiedliche rechte Facetten

Die extreme Rechte in Europa hat viele Facetten. Sie reichen von militanten neofaschistischen Bewegungen bis zu rechtspopulistischen Parteien, die gegen die EU und Zuwanderung Stimmung machen. Im Kontext der ökonomischen Krise droht zum hundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ein nationalistisches Rollback in Europa.

Der Aufstieg der Partei *Chrysí Avgí (Goldene Morgenröte)* in Griechenland ist ein Beleg dafür, dass eine schwere soziale und ökonomische Krise den Nährboden für faschistische Ideen bereiten kann. Die neofaschistische Partei, die den Griechen die „Säuberung“ ihrer Wohnviertel von illegalen Migranten verspricht, kam bei den Parlamentswahlen vom 17. Juni 2012 auf einen Stimmenanteil von knapp sieben Prozent.² Nachdem ein Parteimitglied einen Mord an einem antifaschistisch gesinnten Musiker verübt hatte, wurden führende Mitglieder der Morgenröte verhaftet und ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. Um sich präventiv gegen ein mögliches Verbot zu schützen, wurde aus eigenen Reihen eine neue Organisation gegründet: die *Ethniki Avgi (Nationale Morgenröte)*. Ebenfalls in Osteuropa und insbesondere in Russland konnte der gewalttätige Neofaschismus bedrohlich an Boden gewinnen.³

Ungarn kann als Prototyp für einen Rechtsruck in Europa angesehen werden: Während unter der Regie der Regierungspartei *Fidesz* massiv Grundrechte und Meinungsfreiheit eingeschränkt worden sind, erzielte die offene rechtsextreme Partei *Jobbik* bei den ungarischen Parlamentswahlen 2014 rund 20 Prozent. Aus ihren Reihen heraus bildete sich nach griechischem Vorbild eine Rechtsabspaltung unter dem Namen *Ungarische Morgenröte*.⁴ Der exzessive Rassismus drückt sich auch in einem weit verbreiteten Antiziganismus aus. Auch in Rumänien, der Slowakei und Tschechien mehrten sich die romafeindlichen Ausschreitungen. Dagegen verkörpert die dreiköpfige Terrorgruppe *Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)*, die dreizehn Jahre lang unerkannt operieren und zehn gezielte Morde begehen konnte, das terroristische Potential des deutschen Neonazismus. Eine kontextualisierte Betrachtung des NSU macht eine lange Kontinuität rechter Gewaltstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar.⁵ Der Entstehungskontext des NSU wurzelt im informellen Netzwerk neonazistischer *Kameradschaften*, die sich als *Nationaler Widerstand* begreifen.⁶ Das parteipolitische Dach dieses neonazistischen Milieus ist die NPD. Die älteste rechtsextreme Partei der Bundesrepublik näherte sich nach dem Mauerfall organisatorisch wie inhaltlich der neonazistischen Kameradschaftsszene und konnte besonders im Osten der Republik Fuß fassen.⁷ Trotz finanzieller Engpässe und einem möglichen Verbot durch das Bundesverfassungsgericht stellt die NPD auch aktuell noch eine bedeutende Kraft der neonazistischen Bewegung dar. In Konkurrenz zu ihr entstand im Jahr 2012 die Partei *Die Rechte*. Nachdem in Nordrhein-Westfalen durch das Innenministerium zahlreiche neonazistische Kameradschaften verboten wurden, entwickelte sich *Die Rechte* als parteipolitisches Dach von Mitwirkenden aus den verbotenen Organisationen.⁸

Die Weltanschauung der extremen Rechten speist sich aus einem völkischen Nationalverständnis, offenem Rassismus und antidemokratischem Autoritarismus. Seit Beginn der Eurokrise versuchen Teile der extremen Rechten, die Angst um den Verlust von Zugehörigkeit und sozialer Sicherheit politisch auszuhebeln, indem sie sich als eine europakritische ‚heimisch-soziale Fürsorgekraft‘ anbieten.

Was vertritt die Extreme Rechte?

Die Begrifflichkeiten zur Bezeichnung rechter Akteure und deren Gesellschaftsvorstellungen sind äußerst vielfältig: Rechtsextremismus kann hierbei als Sammelbegriff für die Bündelung autoritaristischer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden. Als Variante findet in der Forschung der Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums zunehmende Verwendung.⁹ Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:

- **völkisch-nationalistische Ausprägungen**
- **rassistische und antisemitische Ausprägungen**
- **autoritäre Politikvorstellungen**
- **Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips**
- **Diskriminierung von Minderheiten**
- **Ethnisierung / Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen**

Rechtspopulistischer Wohlstandschauvinismus

Anders als in Ost- und Südeuropa treten im Norden und Westen Europas viele Rechtsaußenparteien nicht mehr ganz so offen demokratiefeindlich auf. Stattdessen inszenieren

sie sich als die „wahren Demokraten“ und Anwälte der alteingesessenen Bevölkerung, deren Interessen durch eine angeblich undemokratische, international orientierte Politik bedroht seien. Sie schüren die Angst vor dem sozialen Abstieg und dem Verlust der nationalen Souveränität und machen sich dabei die üblichen propagandistischen Feindbilder zunutze. Diese Parteien greifen also brisante Probleme auf – wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder das Demokratiedefizit in der EU – und beantworten sie mit schlichten und reaktionären Lösungsvorschlägen. Mit Vorliebe wird dabei „das Volk“ in Kontrast zur „politischen Klasse“ gesetzt, die angeblich die nationalen Interessen an eine undemokratische, multikulturelle und international orientierte Europäische Union verkauft hat, um sich dabei in erster Linie selbst zu bereichern.

Die Rechtspopulisten verwandeln nationalistische und rassistische Motive der traditionellen Rechten in kulturelle und religiöse Feindbilder: die „schleichende Islamisierung“, der „bürokratische Moloch EU“, die „Zerstörung der kulturellen Identität“ durch den Multikulturalismus, dessen „Steigbügelhalter“ die Linke sei. Das gilt etwa für den französischen *Front National (FN)* unter seiner Vorsitzenden Marine Le Pen wie für die belgische Separatistenpartei *Vlaams Belang (VB)*. In Österreich verdankte die FPÖ nach dem Tod des schillernden Rechtspopulisten Jörg Haider ihren erneuten Aufstieg unter „H.C.“ Strache einer Mischung aus dumpfem Rassismus und fürsorglich inszeniertem Sozialpopulismus: Strache bekundete, die österreichische Sozialdemokratie durch eine Politik „für unsre Leut“ beerben zu wollen und die FPÖ drang stark in das sozialdemokratische Wählermilieu hinein. Bürgerbeteiligung und Volksbegehren werden für Kampagnen gegen Minderheitenrechte instrumentalisiert. Seit die *Schweizerische Volkspartei (SVP)* 2009 ein Referendum gegen den Bau von Minaretten durchgesetzt und

gewonnen hat und in den Niederlanden die *Partei für die Freiheit* (PVV) von Geert Wilders Furor macht, wird die Agenda der westeuropäischen Rechtsaußenparteien immer stärker von einem muslimfeindlichen Populismus geprägt. Wilders bemüht sich seit langem um ein gutes Verhältnis zu Israel, und auch die FPÖ und der belgische VB wollen nicht mehr mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden. Ende 2010 reisten Vertreter der FPÖ, des VB, der *Schwedendemokraten* und der deutschen Partei *Die Freiheit* auf Einladung rechter israelischer Politiker nach Israel. In einer „Jerusalem Erklärung“ bekannten sie sich zum Existenzrecht Israels und zu „jüdisch-christlichen kulturellen Werten“, während sie den Islam als ein „totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt“ bezeichneten. Auch FN-Chefin Marine Le Pen distanziert sich öffentlich von Antisemitismus und NS-Nostalgie und versucht, mit ihrem einerseits handfesten, andererseits moderaten Auftreten das konservative Lager anzusprechen und den Front National für die bürgerliche Mitte wählbar zu machen. Durch die kulturelle und religiöse Umdeutung rassistischer Weltbilder soll der Einbruch in breitere Wählerschichten vollzogen werden.

Politisch beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus auf der Gleichsetzung von ‚Volk‘ mit den ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten oder den ‚kleinen Leuten‘.¹⁰ Populistische Inszenierungsformen sind im Rechtsaußenpektrum weit verbreitet und reichen von der extremen Rechten bis hinein in den Nationalkonservatismus und Nationalliberalismus. Der Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts versucht, seinen Nationalismus als ‚Verteidigung nationaler Souveränität‘ zu ummanteln. Ihre antieuropäische und nationalistische Stoßrichtung versuchen rechtspopulistische Parteien oftmals dadurch zu tarnen, dass sie sich als Hüter ‚nationaler Demokratie‘ gegenüber einer

‚Diktatur aus Brüssel‘ darzustellen versuchen. Folgende Merkmale kennzeichnen einen rechtspopulistischen Politikstil:

- **Dualistisches Gut/Böse-Schema: Fleißige vers. Faule; Ehrliche vers. Korrupte; Anständige vers. Kriminelle etc.**
- **Eigencharakterisierung als antipolitisch: Politik als schmutziges Geschäft der Altparteien; Partei des gesunden Menschenverstandes etc.; zugleich deutliche Positionierung im rechten politischen Feld**
- **Ethnisierung von Zugehörigkeit: ethnisierte Wir-Konstruktion (Stimme des [angestammten] Volkes); ethnisierte Problemzuschreibungen**
- **Kulturalisierung und Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen: Abendland vers. Morgenland; ‚Fleißiger Norden‘ vers. ‚Fauler Süden‘ etc.**
- **Selektives Demokratieverständnis: Volksentscheide als Mittel zur Entrechtung von Minderheiten; Meinungsfreiheit als Chiffre für das Recht zur Abwertung von Anderen**
- **Opferstatus: Inszenierung als Opfer linker political correctness/Meinungsdiktatur**

Die rechtspopulistische Lücke in Deutschland

Das Feld des parteiförmigen Rechtspopulismus ist in Deutschland noch rar bestellt. Für Parteien der extremen Rechten wie der *pro*-Gruppierungen (*pro Köln/pro NRW*) dient die rechtspopulistische Beschworung ‚des Volkes‘ der Einbindung neuer Zielgruppen jenseits des offen rechtsextremen Wählerandes. Die *pro*-Gruppierung hat ihren angestammten Platz jedoch im Spektrum der extremen Rechten: Entstanden im Jahr 1996 als damalige Parallelorganisation der *Deutschen Liga für Volk und Heimat* (DL), erprobt diese Gruppierung den Einbruch von Rechtsaußen in die politische Mitte. Unterstützung erhält

die *pro-Bewegung* von der FPÖ und dem VB. Doch größere wahlpolitische Erfolge außerhalb ihrer Ursprungsstadt Köln konnte die *pro-Bewegung* bislang nicht erzielen: Lediglich 1,4 Prozent an Wahlstimmen erreichte sie bei den NRW-Landtagswahlen 2010. Bei Wahlen in München (angetreten als *pro München*) und Berlin (angetreten als *pro Deutschland*) war ihr Stimmenanteil annähernd bedeutungslos. Aktuell versucht diese Bewegung, ihre Anhängerschaft in NRW zu stärken.¹¹

Spätestens seit der Sarrazin-Debatte wird hierzulande ausführlich die Frage um die Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Rund 18 Prozent der Wählerstimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine Emnid-Umfrage einer fiktiven Sarrazin-Partei.¹² Doch bislang konnte keine Partei rechts der Union dieses Einstellungspotenzial bündeln. Mit seinen Thesen bediente der Erfolgsautor jedoch nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen,¹³ sondern zudem auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung. Für eine Buch-Publikation gegen den Euro wurde ihm der Deutsche Mittelstandspreis verliehen. Die Laudatio dafür hielt der frühere BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel am 6. November 2012. Darin titulierte Henkel den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“.¹⁴ Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich“ greifen, steht damit als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen „Zwangssozialismus“ bedroht sieht.¹⁵ Die im Jahr 2013 gegründete *Alternative für Deutschland* (AfD) hat Henkel zu ihrem Kandidaten für die Europawahl 2014 erkoren. Die AfD versucht sich zentral mit dem Euro-Thema politisch zu verankern. Im Kontext der Euro-Krise hat die Partei schon in ihrer Entstehungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Aufmerksamkeit

erhalten und ihren Einzug bei den Wahlen zum Bundestag im Jahr ihrer Gründung nur knapp verfehlt. In neurechten Kreisen – hierbei besonders deutlich aus dem Umfeld der Wochenzeitung *Junge Freiheit* – wird die AfD als möglicher Hoffnungsträger einer parteipolitisch bislang immer noch erfolglosen nationalistischen Rechten angesehen.¹⁶

Rechte EU-Bündnisse

Im Europaparlament sind zwar Rechtsaußenparteien vieler Länder vertreten. Eine länderübergreifende Kooperation erweist sich jedoch als schwierig, da diese Parteien ganz auf ihre jeweiligen nationalen Interessen konzentriert und folglich untereinander zerstritten sind. Bislang haben offen neofaschistische Allianzen wie die 2004 gegründete *Europäische Nationale Front*, der neben der griechischen *Chrysi Avgi* auch die NPD angehört, noch keine nachhaltig wirksame Kooperation zustande gebracht. Die von *Jobbik*, der *British National Party* (BNP) und dem FN getragene *Europäische Allianz nationaler Bewegungen*, die 2012 als politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt wurde, ist ein brüchiges Bündnis. Sollte es den Rechtsaußenparteien Europas jedoch gelingen, in die politische Mitte vorzudringen, könnte das mit der Zeit auch die Abwehrkräfte der demokratischen Parteien schwächen. In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Italien haben sich etablierte Parteien bereits auf die Duldung durch Rechtsaußenparteien oder sogar auf eine Kooperation mit ihnen eingelassen. Die Fraktion *Europa der Freiheit und der Demokratie* im Europaparlament unter Führung der rechtspopulistischen UKIP und der Mitwirkung der *Dänischen Volkspartei*, der *Lega Nord* und der Partei Die Finnen stellt einen Flügel der Rechtspopulisten dar, die in der *Europäischen Allianz für Freiheit* (u.a. FPÖ, VB und *Schwedendemokraten*) einen weitere Gruppe. Die größte rechtsextreme Partei in Europa, der *Front National*, strebt eine Aufspaltung der konservativen UMP an, um

selbst zum entscheidenden Machtfaktor der französischen Rechten zu werden.¹⁷ Zugleich traf Marine Le Pen mit PVV-Chef Wilders zusammen, um eine neue rechtspopulistische Fraktion im EU-Parlament zu bilden. Mitwirken sollen die FPÖ, der VB, die *Schwedende-mokraten*, die *Legia Nord* und die *Slowakische Nationalpartei* (SNS).

Einen dritten Block in der Riege rechter Europaskeptiker bildet die Fraktion der *Europäischen Konservativen und Reformisten* im Europaparlament unter Führung der britischen *Tories* unter Cameron. Im Namen der AfD bekundete Bernd Lucke, die unumstrittene Führungsfigur der AfD politische Übereinstimmung mit den Tories, die sich mit der rechtspopulistischen UKIP im Wahlkampf ein Rennen um die wohlstandschauvinistischste Position liefern. Somit droht bei der Europawahl ein Einbruch von Rechtsaußen auf drei Ebenen:

1. durch eine Stärkung des traditionell extrem rechten Blocks in Süd- und Osteuropa,
2. durch die Formierung einer rechtspopulistischen Fraktion unter Führung von Marine Le Pen und Wilders
3. durch die Bildung eines wohlstandchauvinistischen Blocks marktradikaler und nationalkonservativer Europafeinde unter Einbeziehung der AfD.

Mit der erfolgreichen Umsetzung der von der rechtspopulistischen *Schweizerischen Volkspartei* inszenierten Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ im Februar 2014 hat die einwanderungsfeindliche Politik rechter Parteien enormen Auftrieb erhalten. Schon jetzt lassen sich auch hierzulande die Folgen des rechtspopulistischen Ringens um Zustimmung des rechten Wutbürgertums erkennen: Ein rechter Einbruch in die politische Mitte auf Kosten von entrechteten Minderheiten und der demokratischen Kultur. Seinen Nährboden erhält der europafeindliche Rechtspo-

pulismus durch die Schwäche demokratischer Parteien, Europapolitik sozial gerecht zu gestalten und die Bedeutung einer kooperativen transnationalen Politik bürgernah zu vermitteln.

2. Die Rechte vor der Kommunalwahl in NRW

2.1 Kampagnen und ihre rassistische Stoßrichtung

Für extreme rechte Parteien wie *Die Rechte*, *NPD*, *pro NRW/pro Köln* und *Republikaner*, wird es in den Wahlkämpfen des Jahres 2014 erneut das Thema sein. „Volkstod“ nennen es die einen, „Überfremdung“ andere, vor einem „Bevölkerungsaustausch“ warnen wieder andere. Mit Parolen gegen das Zusammenleben in einer multikulturell gewordenen Gesellschaft wollen Parteien wie *Die Rechte*, die *NPD*, *pro NRW/pro Köln* und die *Republikaner* auch in diesem Jahr auf Stimmenfang gehen. Die neonazistisch geprägten oder beeinflussten Parteien wie *Die Rechte* oder die *NPD* werden dabei Unterstützung von „parteifreien“ Neonazis erhalten, wie dies bereits in früheren Wahlkämpfen der Fall war. Die nicht-neonazistischen Parteien der extremen Rechten werden versuchen, sich als demokratisch lautere Kraft darzustellen. Sie zeichnen das Bild einer – anhand rassistischer, kultureller oder religiöser Kriterien – gespaltenen Gesellschaft: auf der einen Seite „die Deutschen“, auf der anderen Seite „Ausländer“, Moslems, „Zigeuner“, „Scheinasylanten“.

Die Rechte, *NPD*, *pro NRW/pro Köln* und *Republikaner* haben es in den aktuellen Wahlkämpfen mit einem Konkurrenten zu tun, der auch aus dem extrem rechten Spektrum Wählerstimmen abziehen könnte: die *Alternative für Deutschland* (AfD). Sie wehrt sich gegen eine Kategorisierung als extrem rechts und ist sehr heterogen zusammengesetzt. Wirtschaftsliberale finden sich in ihren Reihen ebenso wie Rechts- und Nationalkonservative sowie Funktionäre, die deutlich rechtspopulistisch agieren.

Für wie wichtig in der extremen Rechten Kampagnen gegen Zuwanderung im Allgemeinen, gegen Roma und das Asylrecht im Speziellen eingeschätzt werden, offenbaren Zahlen, die die Landesregierung nannte. Für das Jahr 2013 sind ihr 77 Demonstrationen mit Bezug zu Flüchtlingsheimen in Nordrhein-Westfalen bekannt.¹⁸ Vier Mal war *pro Köln* Veranstalter, 29 Mal *pro NRW*, 18 Mal die *NPD* und 26 Mal *pro Deutschland*.

Im Folgenden werden die Positionen von *NPD*, *Die Rechte*, *pro NRW*, *Republikanern* und *AfD* sowie „parteifreie“ Neonazis, zu den Themenfeldern Zuwanderung, Islam, Roma und Asyl kurz skizziert. Andere rechte Gruppierungen blieben wegen ihrer nur sehr regionalen Bedeutung außer Betracht, wie die Partei *Ab jetzt ... Demokratie durch Volksabstimmung* im Rhein-Sieg-Kreis, die *Unabhängige-Bürger-Partei* im Raum Recklinghausen oder das *Bündnis Zukunft Ennepe-Ruhr* im Ennepe-Ruhr-Kreis. Auch sie verdienen freilich die intensive Beachtung der demokratischer Akteure vor Ort.

2.2 NPD

2.2.1 Kommunalpolitik / Kandidaturen



Besonders aktiv war die *NPD* in der zu Ende gehenden Wahlperiode in den Kommunalparlamenten im Ruhrgebiet. Am 25. Mai tritt die Partei erneut in Dortmund, Bochum und Essen an. Neu hinzukommen wird Duisburg (stadtwweit) sowie Gelsenkirchen (allerdings nur im Stadtbezirk Mitte). Von der kommunalpolitischen Bildfläche komplett verschwunden ist

die *NPD* unter anderem im Kreis Düren, in Wuppertal, im Ennepe-Ruhr-Kreis (dort kandidieren einige frühere *NPD*-Funktionäre und -Mandatsträger nun unter dem Label *Bündnis Zukunft Ennepe-Ruhr*) sowie im Kreis Siegen-Wittgenstein. Auf den Stimmzetteln wird die Partei hingegen erneut in Mönchengladbach, im Rhein-Sieg-Kreis, im Märkischen Kreis, im Kreis Heinsberg, im Kreis Viersen sowie in einer Reihe von kreisangehörigen Kommunen stehen.

2.2.2 Zuwanderung

Die *NPD* erwartet als Folge der Zuwanderung ein „Aussterben der Deutschen“. So heißt es in einem längeren Text, der unter der Überschrift „Jahresrückblick für 2013 und Prognose“ auf der Internetseite des *NPD*-Kreisverbands Düsseldorf/Mettmann erschien: „Bei linearer Fortschreibung der Statistiken läßt sich jetzt schon in etwa der recht genaue Zeitpunkt ermitteln, wann die letzten Deutschen aussterben und die deutsche Kultur und Nation endgültig Geschichte werden.“¹⁹ Dabei könne „als sicher angenommen werden, daß die sich langsam einleitende Endphase der Deutschen geprägt sein wird von Ausländergewalt, die den Einheimischen die Annahme fremder Kultur- und Religionsvorstellungen aufnötigen will, bürgerkriegsähnlichen Erscheinungen, islamistischem Terror, kurzum von einer massiven Verschlechterung ihrer Lebensqualität, einhergehend mit einer Verarmung und Verwahrlosung wie auch Verrohung breiter Bevölkerungsschichten“. Von den „etablierten Parteien“ erwartet der Autor des Textes „bis auf hohle populistische Phrasen einiger Politiker“ keine „Eindämmung der Massenzuwanderung“. Demokratischen Parteien attestiert er eine „antideutsche Grundausrichtung“: „Ziel des BRD-Systems ist und bleibt die auf Dauer angelegte demographische Vernichtung des deutschen Volkskörpers.“

Die Hagener *NPD* spricht in diesem Zusammenhang von einer „inländerfeindlichen Politik der Einwanderungsextremisten von der CDU bis zu den Grünen“, die Hagen zu

einer „Multi-Kulti-Oase“ gemacht hätten. Die NPD weiter: „Wo Multi-Kulti ist, ist Multi-Kriminalität bekanntlich nicht weit entfernt. Inzwischen ist Hagen die am schlimmsten überfremdete Stadt in NRW, und keinen der hierfür verantwortlichen Politiker scheint es zu interessieren!“²⁰

Ähnlich sieht das die NPD im Rhein-Sieg-Kreis. Sie wirft „gewissenlosen Politikern der etablierten Altparteien“ vor, sie würden „mit ihrer maßlosen Überfremdungspolitik eine tickende Zeitbombe“ erschaffen, „die zu einer immer größeren Bedrohung wird“.²¹

NPD-Landeschef Claus Cremer ließ sich mit der Aussage zitieren: „Die Überfremdung und Islamisierung unserer geliebten Heimat nimmt immer dramatischere Züge an.“ Sechs Forderungen schließt Cremer an: „- Überfremdung und Islamisierung stoppen / Einmal Deutschland und zurück! - Deutschland ist kein Einwanderungsland und darf es auch nicht werden! - Einwanderung in den Sozialstaat stoppen! - Arbeitslose und kriminelle Ausländer abschieben! - Keine Sozialleistungen für Asylbewerber! - Einführung eines 48-Stunden-Asylverfahrens nach dem Vorbild der Schweiz!“²² Ähnliche Forderungskataloge finden sich in den Veröffentlichungen der NPD immer wieder. In der Wortwahl und im Umfang der Forderungen variieren sie. So sollen zuweilen nicht nur Asylbewerber vom Bezug von Sozialleistungen ausgeschlossen werden: „Keine Sozialleistungen für Ausländer/Asylanten!“²³ In einer anderen Veröffentlichung wurde verlangt: „Arbeitslose und kriminelle Ausländer raus! - Grenzen dicht für Arbeitsnomaden aus dem Osten!“²⁴

Kurz und knapp bringt die Duisburger NPD ihre Programmatik auf die Formel: „Duisburg muß wieder deutsch werden!“²⁵ Der Kampf gehe „weiter für ein deutsches Duisburg, für unsere Heimat und unser Volk!“. Man nehme „nicht widerstandslos hin, daß anatolische Banden unsere deutsche Umgebung terro-

risieren und dann von Frau Merkel noch als ‚Bereicherung‘ bezeichnet werden. Deutsche dürfen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden und dafür müssen wir kämpfen!“²⁶

2.2.3 Propagandathema Roma

Insbesondere in Dortmund und Duisburg greift die NPD immer wieder antiziganistische Motive auf. So heißt es in einem Text von Matthias Wächter, NPD-Landespressesprecher, Kreisvorsitzender und Ratsmitglied in Dortmund, zur „Zigeunerflut“: „Beide Städte sind aufgrund der über Jahrzehnte hinweg katastrophalen Politik hoffnungslos überfremdet und überschuldet und haben seit 2008 zusätzlich mit der sogenannten Armutseinwanderung der Sinti und Roma, auch bekannt als Zigeuner, zu kämpfen.“²⁷ Weit über zehn Millionen Euro müssten beide Städte jeweils für Sozialleistungen an „Zigeuner“ pro Jahr aufbringen, „von der zusätzlichen, kriminellen Entwicklung, Bedrohung und Ghettoisierung ganz abgesehen“. Zahlreiche Stadtteile seien bereits „gekippt, also mehrheitlich von Ausländern bewohnt und werden nun auch noch von der Asylflut endgültig zerstört“.

Wegen der am 1. Januar 2014 wirksam gewordenen Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien säßen „tausende Sinti&Roma auf gepackten Koffern und warten nur darauf ins gelobte Land reisen zu können, um hier die Vorzüge deutschen Steuergeldes genießen zu können“,²⁸ meint die NPD. Landesvorsitzender Cremer: „Schauen Sie sich doch einmal die Personen an, die in den Ghettos und Problemhäusern hausen. Es handelt sich bei diesen Personen nicht um die vielbeschworenen ‚Fachkräfte aus dem Ausland‘, sondern mehrheitlich um bildungsferne Schichten, die sich hier einfach ein angenehmeres Leben auf fremde Kosten versprechen.“ Im Zusammenhang mit der Diskussion über den Einsatz von bulgarischen und rumänischen Polizeibeamten im Ruhrgebiet und über die Installation von sogenannten Integrationslotsen erklärte Cremer: „Was soll

man zu solchen ‚Kulturbereichern‘ sagen, denen man erst erklären muß das man nicht einfach auf fremde Grundstücke kotet und das man Müll in die dafür vorgesehenen Behälter und nicht einfach auf die Straße wirft? Solche Individuen brauchen und wollen wir in Deutschland nicht.“²⁹ An anderer Stelle ist die Rede von „Wohlstandsnomaden aus Südosteuropa“.³⁰ Ein „Großteil“ der Einwanderer aus Bulgarien und Rumänien wolle es sich „in der sozialen Hängematte gemütlich einrichten“.

2.2.4 Propagandathema Asyl

Als eine ihrer „zentralen Forderungen zu den anstehenden Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen“ verlangt die NPD die „Abschaffung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl“.³¹ Außerdem sollen Asylbewerber keine Sozialleistungen erhalten. Über ihre Anträge soll in einem „48-Stunden-Asylverfahren nach dem Vorbild der Schweiz“ entschieden werden; alle abgelehnten Asylbewerber sollen abgeschoben werden.

Von den „etablierten Parteien“ werde „jeder dahergelaufene Wirtschaftsflüchtling aus Afrika oder Asien herzlich willkommen heißen“, meint die NPD.³² „Hunderttausende“ solcher Wirtschaftsflüchtlinge kämen „auf dem Ticket des Asylrechts nach Deutschland, ohne die Absicht zu haben, auch nur einen Finger krumm zu machen und ohne tatsächlich von politischer Verfolgung bedroht zu sein“. Vielmehr, so weiß die Bochumer NPD zu berichten, seien die Asylbewerberheime „oft Hort der Kriminalität – regelmäßig muß die Polizei gegen Drogenhandel, Zwangsprostitution und schwerste Gewaltausbrüche vorgehen“.³³

„Wo das enden soll, ob das erst dann endet, wenn man die halbe Welt in Deutschland aufgenommen hat und selbst enteignet wurde, darauf bekommt man natürlich von den ‚Gutmenschen‘ keine Antwort“, heißt es bei der Kölner NPD angesichts steigender Flüchtlingszahlen.³⁴ „Tausende ‚Flüchtlinge‘ stürmen die

Festung Europa, in Spanien hat man unlängst auf ‚Flüchtlinge‘ geschossen, weil man sich der Massen nicht mehr anders zu erwehren wusste.“

Speziell Flüchtlingen, die über das Mittelmeer nach Europa kommen, begegnet die NPD oft mit blankem Zynismus. So spricht ein führender Funktionär der Partei von „Reisegruppen“, die über Lampedusa nach Deutschland kämen.³⁵ Als die italienische Marine Anfang Februar 2014 meldete, sie habe binnen 24 Stunden mehr als 1100 Flüchtlinge vor Lampedusa gerettet, fragte sich ein Autor auf der Internetseite der NPD Unna/Hamm: „Wofür besitzt ein Staat eigentlich eine Küstenwache, wenn die ungebetene Eindringlinge, statt die Grenzen zu verteidigen, auch noch rettet?“³⁶ Nach dem Untergang eines Flüchtlingsbootes im Herbst 2013 hatte es bei der Unnaer NPD geheißen: „In den letzten Tagen ist jetzt ein Schiff dieser ‚Touristikunternehmen‘ mit Mann und Maus untergegangen und hunderte ungebetener Einwanderer sind ertrunken. Jetzt setzt natürlich das übliche Gezeter und Gegreie unserer Gutmenschen ein, man müsse die armen Menschen aufnehmen, man müsse sie pfleglich behandeln, man müsse, man müsse...“ Statt einer humanitären Reaktion empfahl der Autor Gewalt: „Für einen normal denkenden Staat könnte es eigentlich nur eine Antwort geben, er verbietet diesen Schiffen und ihren Insassen das Eindringen in die eigene Hoheitszone und setzt dieses Verbot notfalls mit Waffengewalt durch.“

2.2.5 Propagandathema Islam

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland!“, erklärt wenig überraschend die NPD und proklamiert als Aufgabe: „Deutschland muß das Land der Deutschen bleiben! Deutsche Kultur und heimische Werte müssen bewahrt und gefördert werden.“³⁷ NPD-Landeschef Cremer erklärte im Zusammenhang mit der

Diskussion über christliche bzw. islamische Feier- und Gedenktage: „Was hier in Deutschland passiert kann nur noch mit den Begriffen ‚Selbsthass‘, ‚Selbstverleugnung‘ und ‚Wahnsinn‘ bezeichnet werden. Deutsche, europäische, heidnische und christliche Traditionen sollen Stück für Stück aufgegeben werden, weil sie den ausländischen Gästen (!) in Deutschland nicht gefallen könnten.“ Er müsse „die einfache Frage stellen: Wen juckt’s, ob Abdul oder Aysegül ein Problem mit Sankt Martin, Weihnachten oder dem Tag der Deutschen Einheit haben? Niemand zwingt diese Personen in Deutschland zu leben und nicht wenige Landsleute wären froh darüber, wenn die große Masse der sog. ‚Kulturbereicherer‘ wieder die Heimreise antreten würde“.

2.2.6 Aktionen/Aktivitäten

Für den 1. Mai plant die NPD eine Demonstration in Duisburg. Das Motto: „Arbeitsplätze schaffen – statt Asylflut fördern“. Man werde, kündigte die NPD an, „mit allen heimattreuen Deutschen den Protest gegen den Überfremdungswahn auf die Straße tragen“.³⁸

Weitere Aktionen zu den Themenkomplexen Zuwanderung, Asyl und Islam dürften in allen größeren Städten stattfinden, in denen die NPD bei der Kommunalwahl antritt. Zu vermuten ist, dass die NPD diese Aktionen vorher gar nicht oder erst sehr spät öffentlich ankündigen wird, um ungestört von Gegenaktionen agieren und agitieren zu können.

Die Partei hofft mit ihrer Themenwahl, an Stimmungen in der Bevölkerung anknüpfen zu können. Nach einer „Kundgebung gegen Asylflut“ im vorigen Oktober bilanzierte die Partei etwa: „In einer Vielzahl von Gesprächen war es ein leichtes unsere Landsleute zu überzeugen, dass man keine Scheu vor Nationalisten haben muss.“³⁹

2.3 Die Rechte

2.3.1 Kommunalpolitik / Kandidaturen



Die vor knapp zwei Jahren gegründete Partei *Die Rechte*, in der sich in NRW vor allem Mitglieder von verbotenen Neonazi-Organisationen sammeln, tritt bei der Kommunalwahl in drei Städten an: in Dortmund zur Stadtratswahl in allen 41 Wahlbezirken sowie bei der Wahl von sieben Bezirksvertretungen, in Hamm bei der Stadtratswahl in 13 von 29 Wahlbezirken sowie bei der Wahl von drei Bezirksvertretungen, in Wuppertal bei der Wahl von zwei Bezirksvertretungen. Bei der Europawahl steht *Die Rechte* – anders als vorgesehen – nicht auf den Stimmzetteln, da sie es nicht schaffte, die erforderliche Zahl von Unterstützungsunterschriften zu sammeln.

2.3.2 Zuwanderung

Die Rechte zeichnet das Bild eines „überfremdeten Deutschland“ und einer Politik, die das Ziel einer „Abschaffung des deutschen Volkes“ verfolge. Durchgängig wird die Arbeitnehmerfreizügigkeit im Rahmen der Europäischen Union abgelehnt. Ein Schwerpunkt der Propaganda ist die „Ausländerkriminalität“.

In ihrer Propaganda nimmt die Partei sogar den Sprachgebrauch der NSDAP auf. So meint *Die Rechte* Wuppertal: „Wer mit offenen Augen und Ohren durch deutsche Straßen geht, der wird schnell feststellen, daß wir zunehmend zu einem Volk ohne Raum geworden sind. Die Großstädte sind überfüllt mit Fremdvölkern und die einheimische Jugend, von linken Gutmenschen auch gern ‚Biodeutsche‘

genannt, steht arbeitslos auf der Straße und degeneriert sich abwärts in die Kriminalität.“⁴⁰

Die Rechte Hamm gibt als Ziel aus, man müsse „zurückfinden zu einer freien und einigen deutschen Volksgemeinschaft“.⁴¹ Als sich der Rat im März 2014 mit einem „Sprach- und Integrationsförderkonzept der Stadt Hamm“ beschäftigte, erhob die Partei den Vorwurf, die Lokalpolitik bereite die „Abschaffung des deutschen Volkes“ vor. „Die Ausländer werden die neuen Herren und die Deutschen sollen sich bitteschön jetzt schonmal den Ausländern anpassen.“ Gebraucht werde „keine Kultur des Willkommenheißen, sondern eine Kultur des Abschiednehmens: Wir wollen Abschied nehmen von illegalen Einwanderern, von Kriminellen und von jenen Ausländern, die als 5. Kolonne des Kapitals als Lohndrucker zum Nachteil der deutschen Arbeitnehmer eingesetzt werden“. Feindbild sind aber auch die demokratischen Politiker: „Die Politiker der etablierten Einwanderungsparteien sind nicht nur bloß unsere politischen Gegner, sondern unsere Feinde. Sie sind Feinde des deutschen Volkes und müssen in der politischen Auseinandersetzung auch genau so bezeichnet werden.“

Bereits die nächste Generation werde als Minderheit im eigenen Land aufwachsen.⁴² „Nochmal eine Generation später wird sich der deutsche Anteil an den in der BRD lebenden Menschen so weit ausgedünnt haben, daß die Deutschen als Volk von der Bildfläche verschwunden sein werden.“ Käme es so, wäre es offenbar nach Ansicht des Hammer Kreisverbandes nicht unverdient – auf jeden Fall aber erklärbar: „Man braucht darüber nicht zu klagen. Die Naturgesetze sind zwar hart und unerbittlich, aber gerecht. Völker ohne Selbsterhaltungstrieb gehen unter, potente und wehrhafte Völker nehmen den Lebensraum ein. Die Welt ist nicht da für schwache und tolerante Völker.“ Die heute lebenden Deutschen müssten entscheiden, „ob sie als Volk untergehen wollen, oder ob sie durch

einen Stoß neu freigewordener Kräfte die politische und demographische Entwicklung umkehren und unserem Volk eine Zukunft erkämpfen“. Als „ersten Schritt“ empfiehlt die Partei die Umsetzung ihrer „ausländerpolitischen Forderungen“: „Die Rechte fordert den sofortigen Stopp des Zuzugs von Wirtschaftsflüchtlingen in die BRD. Die bereits hier lebenden Fremden sollten aus dem deutschen Sozialsystem ausgegliedert werden, was konkret bedeutet, daß Fremde keinerlei Sozialleistungen mehr bekommen. Weiterhin sollten bei gleicher Qualifikation Arbeitsplätze zuerst an Deutsche vergeben werden. Außerdem sollten kriminelle Ausländer nach Verbüßung ihrer Haftstrafe konsequent in ihre Heimatländer abgeschoben werden.“

Wenn „die etablierten Parteien“ Vielfalt und Toleranz „predigen“, würden sie „schlichtweg Überfremdung meinen“, heißt es beim DR-Kreisverband Dortmund.⁴³ Er zeichnet gar ein Szenario bevorstehender gewalttätiger Auseinandersetzungen: „Wie sich eine zugespitzte Überfremdung äußert, wurde unter anderem in den schweren Krawallen deutlich, die sich in Paris (2005), London (2011) und Stockholm (2013) entluden. Ein Szenario, das uns auch in Dortmund bevorstehen könnte, wie die Situation in Westerfild, Scharnhorst, dem Clarenberg und insbesondere in der Nordstadt verdeutlicht.“

Im Wahlprogramm formuliert die Dortmunder *Rechte* zum Thema:

„- Konsequent durchgreifen gegen ausländische Kriminelle! Ob in Westerfild, Clarenberg oder Scharnhorst: Sicherheit, Recht und Ordnung auf Dortmunds Straßen durchsetzen - Stoppt die weitere Ghettoisierung und schützt die deutsche Restbevölkerung in den sozialen Brennpunkten!

- Stoppt die Überfremdung Dortmunds! Wir Deutschen wollen nicht zur Minderheit im eigenen Land werden. Schützt unsere Stadt vor der Invasion aus Osteuropa! Kein weiterer Zu-

zug aus Bulgarien und Rumänien - für die sofortige Abschiebung krimineller Ausländer!“⁴⁴

2.3.3 Propagandathema Roma

Aktuell nach *Die Rechte* insbesondere die „Einreisewellen aus Bulgarien und Rumänien“ für eine „massenhaften Überfremdung“ verantwortlich.⁴⁵ „Ganze Stadtviertel haben durch den Zuzug, insbesondere von Anhängern der Sinti und Roma (im Volksmund schlichtweg als ‚Zigeuner‘ bezeichnet), ihr Erscheinungsbild verändert, oftmals prägen Kriminalität und Verelendung das Straßenbild.“ *Die Rechte* hofft auf den „Aufbau eines zunehmenden Volkszorns“, hervorgerufen durch die „ignorante Haltung der etablierten Parteien im Hinblick auf die anhaltende Masseneinwanderung nach Dortmund, besonders von Sinti und Roma aus Osteuropa“.⁴⁶ Dieser „Volkszorn könne sich „unter anderem in der Stimmabgabe am 25. Mai entladen, im Idealfall aber Grundstein für einen dauerhaften Widerstand gegen die Politik der roten, grünen und schwarzen Bonzen“ sein.

2.3.4 Propagandathema Asyl

Sowohl DR Hamm als auch DR Dortmund gehen in ihren Kommunalwahlprogrammen auf das Thema Asyl ein. Beim Kreisverband Hamm heißt es:

„Illegale Einwanderer zügig abschieben: Zurzeit leben rund 500 Asylanten in Hamm, die der Stadtkasse jährlich mehrere Millionen Euro kosten – obwohl nur ein kleiner Bruchteil der Asylanträge angenommen wird! Wir fordern die Einführung eines städtischen Amtes für Ausländerrückführung und die sofortige Abschiebung bei Ablehnung des Asylantrags!“⁴⁷

Die Dortmunder Neonazi-Partei formulierte:

„Asylanteninvasion stoppen! Für die Schließung der Asylantenheime in Lütgendortmund und Hacheney, sowie eine Rückführung der abgelehnten Asylbewerber in ihre Heimatländer!“

In einer neueren Fassung des Programms ist statt von einer „Asylanteninvasion“ nun von einer „Asylanteneinwanderung“ die Rede.⁴⁸

Seit der Einrichtung der beiden Asylbewerberunterkünfte habe sich „das Leben der Anwohner massiv verändert, Sachbeschädigungen, Diebstähle und Bedrohung durch die Asylanten sind an der Tagesordnung“.⁴⁹ Asylheime seien „zur Unterkunft der organisierten Kriminalität geworden“.⁵⁰ Die Partei versucht, sich quasi zum Anwalt der alteingesessenen Bevölkerung zu machen: „Während gleichzeitig Gelder bei sozialen Projekten und der finanziellen Versorgung der deutschen Bevölkerung eingespart werden, was sämtliche Bevölkerungsschichten und Altersstufen trifft, mutiert die Bundesrepublik weiter zum Vollversorger für Einwanderer aus Europa und sogar der ganzen Welt, wie die großzügige und spendable Haltung in der Asylpolitik zeigt.“⁵¹

2.3.5 Propagandathema Islam

Einen Ansatzpunkt für ihre Propaganda hofft *Die Rechte* – ähnlich wie auch rechtspopulistische Parteien - beim Thema Moscheebau zu finden. DR Dortmund nennt die im Stadtteil Hörde entstehende Moschee „ein Zeichen der weiteren Islamisierung unserer Stadt“.⁵² Im Programm der *Rechten* aus Hamm heißt es:

„Nein zur Groß-Moschee in Herringen: Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung Hamms lehnt den Bau des Islam-Zentrums mit den 27 Meter hohen Minaretten an der Dortmunder Straße ab. Wir fordern einen unverzüglichen Baustopp und einen Bürgerentscheid, ob die als islamische Machtdemonstration geplante Groß-Moschee gebaut werden darf!“⁵³

Hamm's Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann (CDU) wird mit den Worten diffamiert, er werde „wegen seiner aufopferungsvollen Hingabe für die ‚multikulturelle Gesellschaft‘ bei vielen Bürgern nur noch ‚Türken-Thomas‘ genannt“.⁵⁴

2.3.6 Aktionen/Aktivitäten

DR-Kreisverbände aus dem Rheinland haben Ende März eine Kampagne unter dem Titel „Multikultur tötet“ angekündigt.⁵⁵ Geplant sind Flugblattverteilungen, Kundgebungen und Demonstrationen, um auf „Probleme und Folgen der multikulturellen Gesellschaft und die zeitgemäßen Lösungen der nationalen Opposition in der BRD für diese Probleme hin(zu)weisen“. Vorbereitet werden sollen die Veranstaltungen teils im Verborgenen, um Gegenaktionen zu erschweren: „Die öffentliche Ankündigung der Aktionen wird dabei teilweise nur sehr kurzfristig erfolgen, weil wir hoffen, dass die regionalen Aktionen durch den Verzicht auf wochenlange offene Werbung auch näher an die Menschen herankommen für die wir sie durchführen.“ Im Rahmen der Kampagne fand am 29. März bereits eine Demonstration in Aachen statt.⁵⁶

Dortmunds *Rechte* kündigte zu Jahresbeginn an, die „Masseneinwanderung aus Osteuropa“ werde im Wahlkampf für die Kommunalwahl „ein Kernthema bilden“.⁵⁷ Diverse Info-standaktionen, bei denen insbesondere die Ablehnung der Arbeitnehmerfreizügigkeit das wichtigste Thema war, fanden vor der Dortmunder Zentrale der Agentur für Arbeit statt. Um die Freizügigkeit in Europa soll es auch bei einer größeren Demonstration gehen, die *Die Rechte* am 1. Mai in der Ruhrgebietsstadt plant. Im Aufruf zur Demonstration⁵⁸ heißt es: „Wenn seit dem 1. Januar hunderttausende weitere Bulgaren und Rumänen im Zuge der Arbeitnehmerfreizügigkeit in die Bundesrepublik strömen, bedeutet dies eine zusätzliche Verschärfung der sozialen Frage: Hierdurch entsteht nicht nur eine neue Welle von Billiglohnarbeitern, die den Konkurrenzkampf weiter nach unten beflügeln und das Lohnniveau drücken, sondern vor allem massive Ausgaben für die Sozialsysteme.“

2.4 Pro NRW / pro Köln

2.4.1 Kommunalpolitik / Kandidaturen



Die rechtspopulistischen Formationen *pro NRW/pro Köln* treten bei der Kommunalwahl in zwei Landkreisen (Oberbergischer Kreis und Rhein-Erft-Kreis) sowie in 13 Großstädten an: in Duisburg, Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Hagen, Aachen, Köln, Bonn, Leverkusen, Wuppertal, Remscheid, Solingen und Mönchengladbach, außerdem in einigen wenigen kreisangehörigen Kommunen. Die Zahl der Mandatsträger will *pro NRW* von rund zwei Dutzend im Jahre 2009 auf „150 bis 200“ steigern.⁵⁹ Auch zur Europawahl steht *pro NRW* auf den Stimmzetteln.

2.4.2 Zuwanderung

Die *pro*-Gruppierungen zeichnen vor der Kommunalwahl das Zerrbild „überfremdeter“ und „islamisierter“ Städte. Bei *pro Köln* klingt das so: „Masseneinwanderung in unsere Sozialsysteme, tausendfach geduldeter Asylmissbrauch, Kriminalitätsexplosion im öffentlichen Raum, Überschuldung des Stadthaushaltes durch eine falsche Ausgabenpolitik, Abzocke der Bürger durch steigende Gebühren und kommunale Abgaben, Verwahrlosung und soziale Verelendung ganzer Veedel, Islamisierung und Überfremdung: Köln hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten leider nicht zum Besseren verändert.“⁶⁰ In Essen fällt die rechtspopulistische „Problembeschreibung“ ganz ähnlich aus: „Bei der Wahl am 25. Mai 2014 geht es ums Ganze! Die Notwendigkeit des PRO NRW-Wahlantritts in Essen ist größer denn je: Massenhafter Asylmissbrauch,

Armutseinwanderung, mangelnde Sicherheit in vielen Essener Stadtteilen, Bereicherung der politischen Klasse an öffentlichen Geldern, Überfremdung und Islamisierung, die Bedrohung unserer traditionellen Werte und des sozialen Friedens!⁶¹

„EU-Armutseinwanderung: Das Boot ist voll!“ hieß es Mitte Dezember letzten Jahres auf der Internetseite von *pro NRW*.⁶² Ein „sprunghafter Anstieg der Kriminalität, illegale Matratzenlager, Lärmbelästigungen, extreme Vermüllung und Verwahrlosung des Wohnumfeldes, Schwarzarbeit oder Arbeit zu Dumpinglöhnen“ seien die Folgen des „unerwünschten Zuzugs aus Südosteuropa“.

Insbesondere *pro NRW* Leverkusen zeichnet immer wieder das Bild einer von Gewalttätigkeit geprägten Stadt: „Südländische Gangs“ würden „ganze Stadtteile terrorisieren“,⁶³ von einer „organisierten Kriminalität mit Migrationshintergrund“ ist die Rede.⁶⁴ Ordnungsbehörden und Polizei würden „zumeist mit jugendlichen Straftätern mit Migrationshintergrund stets politisch korrekt verständnisvoll kuscheln“.⁶⁵ *Pro NRW* setzt dem eine harte Linie entgegen: „Wer (...) durch gravierende Straftaten unsere Gastfreundschaft missbraucht, der hat sein Aufenthaltsrecht bei uns für immer verwirkt.“⁶⁶ Es sei „allerhöchste Zeit, im Umgang mit diesen Kriminellen die Alt-68er-Erziehungsmethoden bzw. die Kuschel- und Erlebnispädagogik endgültig ad acta zu legen“.⁶⁷ Rechtskräftig verurteilte, volljährige ausländische Straftäter müssten sofort abgeschoben werden. „Und im Fall von Minderjährigen muss auch der Aufenthaltsstatus der gesamten Familie überprüft werden, da sich bei mehrmaligen gravierenden Gewalttaten die Frage nach der missglückten Integration der gesamten Familie stellt.“⁶⁸

Pro NRW-Vize Hauer kritisiert im Zusammenhang mit der Kriminalitätsstatistik für Gelsenkirchen, „daß Zahlen über die Volkszugehörigkeit von Tätern nicht veröffentlicht werden“.⁶⁹

Der Duisburger *pro NRW* weiß aber bereits: „Die politisch gewollte ‚Integration‘ von südosteuropäischen Armutsregionen – Bulgarien und Rumänien – in Form von Mitgliedsstaaten der EU erweist sich auch als Lockruf für Gauner, Bettler und Banditen.“⁷⁰

Propagandistisch macht sich die Partei zum Fürsprecher der ‚Normalbürger‘. Hauer mit Blick auf die „Armutseinwanderung“: „Es muß endlich einmal Schluß sein damit, unser Steuergeld für andere Zwecke auszugeben. (...) Im Zentrum der Politik muß der deutsche Steuerzahler stehen, Politik muß für den Normalbürger gemacht werden.“⁷¹ Und *pro NRW* Duisburg meint: „Besonders die Menschen in Duisburg, die jeden morgen früh aufstehen und zur Arbeit gehen, Steuern zahlen und Kinder groß ziehen, reiben sich verwundert die Augen über die Ignoranz und Unverschämtheit, die ihnen aus den verbrauchten Altparteien entgegenschlägt. Wer repräsentiert eigentlich noch die Interessen der einheimischen Bürger?“⁷²

Man werde die Kommunalwahl „zu einer Volksabstimmung gegen den Asylmissbrauch und die massenhafte Zuwanderung in unsere sozialen Sicherungssysteme umfunktionieren“, kündigte die Essener Kreisvorsitzende Christine Öllig an: „Einzig mit einer Stimme für PRO NRW ist der Einwanderungsunami noch aufzuhalten.“⁷³

2.4.3 Propagandathema Roma

Vor allem in Duisburg startete *pro NRW* eine Kampagne gegen Roma. In der Nähe eines Hauses „In den Peschen“, das als „Problemhaus“ in die Schlagzeilen geraten war, fanden Ende 2013 mehrere Demonstrationen der rechtspopulistischen Partei statt.

In Zweifel gezogen werde die Angaben über eine schulische und berufliche Qualifikation von Zuwanderern aus Rumänien und Bulgarien:

„Weder in Duisburg noch in Dortmund oder gar in Köln konnten aber bislang Fachkräfte – von solchen für gewisse Entreichermethoden einmal abgesehen – unter den zugewanderten Roma ausfindig gemacht werden.“⁷⁴

2.4.4 Propagandathema Asyl

Bereits zu Jahresbeginn stellte *pro NRW* das erste Plakatmotiv für die Kommunal- und Europawahlen vor: „EU & Asyl: Wer betrügt, der fliegt!“⁷⁵ Damit griff die extrem rechte Partei einen Satz aus einem Beschluss auf, den die CSU-Landesgruppe im Bundestag gefasst hatte. *Pro NRW* kam die populistische Wortwahl der bayerischen Unionspartei gleich doppelt gelegen. Einerseits konnte man den Slogan, der durch die Autorenschaft einer demokratischen Partei quasi ein Gütezeichen erhalten hatte, umstandslos für die eigene Propaganda übernehmen. Andererseits bot sich die Gelegenheit, sich als demokratisch präsentabel darzustellen – forderte man doch selbst nichts anderes als die Regierungspartei CSU.

Neben dem Einsatz gegen eine angebliche „Islamisierung“ gehört das Thema Asyl – im *pro NRW*-Jargon die „Asylmissbrauchspolitik“ – zu den Kernelementen ihrer Propaganda. Immer wieder verweist die Partei darauf, dass nur ein bis zwei Prozent der Asylanträge positiv beschieden würden. „Die anderen 98% sind Wirtschaftsflüchtlinge.“⁷⁶ An anderer Stelle werden abgelehnte Antragsteller zudem als „Scheinasylanten oder sogar Asylbetrüger“ bezeichnet.⁷⁷ Sie sollten „unverzüglich und konsequent“ abgeschoben werden. „Verlorene Pässe und kalte Temperaturen, um mal zwei beliebte Beispiele zu nennen, dürfen kein Grund für den Verbleib in Deutschland und ein Leben in der ‚sozialen Hängematte‘ sein.“

Immer wieder werden die angeblich komfortablen Lebensbedingungen von Asylbewerbern angeprangert. Der *pro Köln*- und *pro NRW*-Funktionär Tony Fiedler spricht etwa

von einer „Luxusunterbringung auf Kosten der einheimischen Bevölkerung“,⁷⁸ *pro NRW* Leverkusen von „schicken Wohnungen“.⁷⁹ Fast, so scheint es, setzt unter Funktionären der Partei ein Wettlauf ein, welche Kommune wohl am stärksten betroffen ist. „Die links-rot-grünen Gutmenschen machen Deutschland zum Sozialamt für die ganze Welt und Mönchengladbach soll die Hauptstadt werden“, lässt sich Mönchengladbachs Kreisvorsitzender Roeseler zitieren.⁸⁰ „Leverkusen kann nicht das Weltsozialamt sein“, titelt *pro NRW* in der Farbenstadt.⁸¹ Auch *pro NRW* Essen mag nicht zurückstehen: „Es ist nicht mehr genug Geld da, um sinnvolle Pflichtaufgaben der Kommunen zu schultern. Da können wir in Essen nicht auch noch Weltsozialamt spielen.“⁸² Die Alternative formulierte der Bonner Kreisvorsitzende Detlev Schwarz so: „Unsere Bundesrepublik Deutschland muss für Wirtschaftsflüchtlinge aus aller Welt der unattraktivste Staat der Europäischen Union werden.“⁸³

2.4.5 Propagandathema Islam

Antimuslimischen Kampagnen verdankt die Partei *pro NRW* ihre Existenz und ihre – bescheidenen – Erfolge bei Wahlen. Auch in diesem Jahr will die Partei ihre Aktionen insbesondere gegen den Bau von Moscheen fortsetzen. Moscheen sind für die Rechtspopulisten wahlweise „riesig“ oder mit „integrationsfeindlicher Symbolik“ ausgestattet wie in Wuppertal,⁸⁴ „steingewordenes Islamisierungssymbol“ wie in Remscheid⁸⁵ oder „Prunk- und Protzmoscheen“ wie in Witten.⁸⁶ Islamische Gemeinden treten „immer dreister“ auf wie in Hamm⁸⁷ oder entwickeln wie in Leverkusen „islamistische Parallelstrukturen“.⁸⁸ „Als bald wird die Scharia unser Grundgesetz ersetzen“, fürchtet *pro NRW* gar. Parteivize Hauer meint:

„Die Lehre des Islam ist trotz aller anderweitigen Beteuerungen nicht mit unseren freiheitlich-demokratischen Grundwerten vereinbar!“⁸⁹

Wer als Politiker, Kirchenvertreter oder einfach als Bürger Moscheebauvorhaben unterstützt, gerät ins verbale Fadenkreuz der extrem rechten Partei. So meint die Wuppertaler Kreisvorsitzende Claudia Gehrhardt, „Spötter“ würden Oberbürgermeister Peter Jung nur noch „den Türken-Peter“ nennen.⁹⁰ *Pro NRW* Remscheid titulierte den katholischen Stadtdechanten und den protestantischen Superintendenten als „kirchliche Oberkriecher“.⁹¹ Die beiden hatten sich zur Grundsteinlegung für eine neue Moschee angesagt. Der *pro*-Kreisvorsitzende Andre Hüsgen: „Bei dieser Art von Kirchenleuten sollte man seine Mitgliedschaft in diesen islamophilen Einrichtungen wirklich hinterfragen.“

2.4.6 Aktionen/Aktivitäten

Pro NRW plant vom 1. Mai bis zum 23. Mai wie in vorhergehenden Wahlkämpfen eine Serie von Kundgebungen und Demonstrationen. Vorgestellt wurde die Kampagne unter dem Titel „Lichterketten gegen Armutszuwanderung, Asylmissbrauch und Überfremdung“.⁹² Geplant sind Veranstaltungen in Essen, Duisburg, Solingen, Radevormwald, Witten, Remscheid, Wuppertal, Gelsenkirchen, Bochum, Bergheim, Aachen, Mönchengladbach, Bonn, Leverkusen und Köln.⁹³

Pro Köln plant zudem „über 60 Standkundgebungen auf belebten Plätzen, Einkaufsstraßen und politisch brisanten Orten der Domstadt“.⁹⁴ Das Motto der Veranstaltungsserie: „86 Veedel - ein PRO KÖLN!“ Zu erwarten ist zudem, dass speziell die zur Kommunalwahl antretenden Kreisverbände weitere, kleinere Aktionen wie Infostände oder „Mahnwachen“ durchführen werden.

2.5 Die Republikaner

2.5.1 Kommunalpolitik / Kandidaturen



Republikaner wurden 2009 in die Stadträte von Düsseldorf, Essen, Hagen, Hamm, Herne und Wuppertal gewählt, außerdem in den Kreistag Minden-Lübbecke und den Städteregionstag Aachen. Sieben der neun Kommunalvertreter in den Großstädten und Landkreisen haben ihre Partei inzwischen verlassen. Bei der Kommunalwahl 2014 tritt die Partei erneut in Wuppertal, der letzten Großstadt, in der die Partei noch über ein Mandat verfügt, in Essen, in Düsseldorf sowie der Städteregion Aachen an. Außerdem kandidieren die REP, deren Bedeutung auch bundesweit in den letzten Jahren stetig gesunken ist, für das Europaparlament.

2.5.2 Zuwanderung

Vor „der Gefahr eines Bevölkerungsaustausches durch Masseneinwanderung“, warnte REP-Bundesvize Johann Gärtner, Anfang März 2014.⁹⁵ Die Armutseinwanderung nach Deutschland müsse gestoppt werden, „auch

wenn einige Gutmenschen diese Forderung für ‚mensenverachtend‘ halten“ würden, wird er auf der Internetseite der *Republikaner* zitiert. Gärtner weiter: „Wir wollen im eigenen Land selbst bestimmen. [...] Ich denke auch an meine Enkel, wenn ich sage: Unser Land muss weiterleben!“ An die (deutschen) Bürger appellierte Gärtner dem REP-Bericht zufolge: „Geht zur Wahl, unterstützt die Kandidaten der Republikaner, wehrt Euch, steht auf, wenn Ihr Deutsche seid!“

Ende Januar 2014 hieß es auf der Internetseite der Partei: „In vielen Städten sind längst die autochthonen, die einheimischen Deutschen zur Minderheit geworden.“⁹⁶ Nun sei es an den Deutschen, sich zu „integrieren“. Das sei „Integration pervers“. „Unser Land ist dabei, uns aus den Händen zu gleiten. In mancher Hinsicht ist es bereits zu spät. In ganzen Stadtvierteln von Mannheim, Hannover oder Offenbach ist Integration bereits kaum noch möglich, wenn mit Integration die Eingliederung der ‚Migranten‘ in die deutsche Kultur gemeint ist.“

2.5.3 Propagandathema Roma

Insbesondere die Zuwanderung von Roma hatten die *Republikaner* offenbar im Blick, als sie am 6. März 2014 eine Erklärung unter dem Titel „Armutseinwanderung stoppen!“ veröffentlichten.⁹⁷ Darin fordert die Partei eine „nach britischem Vorbild eine mindestens fünfjährige Sperre für den Sozialleistungsbezug für neu zugezogene EU-Ausländer“. „Erwiesener Missbrauch“ müsse mit Ausweisung und einer dauerhaften Wiedereinreisesperre geahndet werden. „Wenn europäische Verträge und Regelungen diesen notwendigen Maßnahmen entgegenstehen, sind sie untauglich und müssen überprüft und gegebenenfalls aufgekündigt werden“, forderte Schlierer.

2.5.4 Propagandathema Asyl

Im Zusammenhang mit der Flucht insbesondere von Menschen aus afrikanischen

Ländern sprach Schlierer von einem „Sturm illegaler Einwanderer auf Europa“, der über Lampedusa direkt nach Deutschland führe.⁹⁸ Als Folge dieses „Sturms“ steige die Kriminalität. Die „angebliche multikulturelle ‚Bereicherung‘“ sei in Wahrheit eine „Entreichung“. Als Gegenmittel befürwortete er die Kündigung des Schengener Abkommens und die Wiedereinführung von Grenzkontrollen, um einen „Massenansturm illegaler Einwanderer“ zu verhindern.

Auch kommunalpolitisch versucht die Partei, von der Diskussion über steigende Asylbewerberzahlen zu profitieren. So wandten sich die Düsseldorfer REP in einer Pressemitteilung vom 2. Februar 2014 gegen „eine weitere Zuteilung von Wirtschaftsflüchtlings“ nach Düsseldorf.⁹⁹ Man befürworte „die Aufnahme von verfolgten Menschen“, lehne jedoch „den Verbleib von Wirtschaftsflüchtlings ab“.

In Essen griff die Partei wiederholt die Diskussion über fehlende Unterkünfte für Asylbewerber auf. Im Oktober 2013 sprachen die REP von „kaum lösbaren Unterbringungsproblemen von Asylanten“.¹⁰⁰ Unter dem Titel „Asyl-Wahnsinn geht weiter“ berichtete die Partei im Februar 2014 über Medienmeldungen, dass die Stadt Essen den Bau von zwölf neuen Asylbewerber-Heimen plane:¹⁰¹ „Wir empfehlen allen Betroffenen, sich bei Zeiten mit der Frage zu befassen, wie man eine Bürgerinitiative gründet...“

2.5.5 Propagandathema Islam

In einem Ende Februar 2014 auf der Internetseite der *Republikaner* erschienenen Beitrag wird eine „Islamisierung von Staat und Gesellschaft“ beklagt.¹⁰² Moscheen seien „das neue Symbol der Dominanz des Islam“. Sie widersprächen in Deutschland „auch dem christlichen Verständnis der überlieferten Form des Abendlandes“.

Nur logisch erscheint es angesichts dieser Argumentation, dass sich die *Republikaner* Ende Januar 2014 hinter den damaligen Köl-

ner Kardinal Meisner stellten, nachdem dieser in die Kritik geraten war. Meisner hatte in einer Rede vor Katholiken erklärt: „Ich sage immer, eine Familie von euch ersetzt mir drei muslimische Familien.“ Die Kritik durch „linke Tugendwächter“ und den Zentralrat der Muslime wehrten die REP ab: „Die Keule der Political Correctness hat mal wieder zugeschlagen!“¹⁰³

2.5.6 Aktionen/Aktivitäten

Zu größeren Aktionen sind die *Republikaner* mangels personeller Masse nicht in der Lage. Zu erwarten ist aber, dass sie in den Kommunen, in denen sie überhaupt noch handlungsfähig sind – zu nennen wären etwa Düsseldorf und Wuppertal –, kleinere Aktionen wie Infostände, Flugblattaktionen oder Unterschriftensammlungen starten. Beispielhaft sei ein Bericht der Düsseldorfer REP erwähnt. Sie berichteten Anfang Februar 2014 über einen Infostand im Stadtteil Garath. Dort habe man sich gegen die Unterbringung von weiteren 50 Asylbewerbern in Garath ausgesprochen und damit „großen Zuspruch aus der Bevölkerung“ erhalten.¹⁰⁴

2.6 Alternative für Deutschland

2.6.1 Kommunalpolitik / Kandidaturen



Nach Angaben des amtierenden AfD-Landesvorsitzenden Hermann Behrendt tritt die AfD in 31 von 54 kreisfreien Städten und Landkreisen zur Kommunalwahl an.¹⁰⁵ Behrendt zufolge stehen mehr als 850 Kandidaten auf den Listen der Partei.¹⁰⁶ Angesichts der Tatsache, dass die Partei erst vor etwas mehr als einem

Jahr gegründet wurde und manche Kreisverbände noch deutlich jüngeren Ursprungs sind, sind dies bemerkenswert hohe Zahlen. Gleichwohl: Manche Hoffnungen und Erwartungen ließen sich nicht realisieren. Zwei Wochen vor Abgabeschluss der Wahlunterlagen war die AfD noch davon ausgegangen, dass sie in 45 der 54 kommunalen Gliederungen und mit rund 1.200 Kandidaten auf den Stimmzetteln stehen werde.¹⁰⁷ Höchst unterschiedlich ist auch die Qualität der Kandidaturen: In einigen Städten gelang es, sämtliche Wahlbezirke mit Kandidaten zu besetzen (und damit auch stadtweit wählbar zu sein), andernorts konnte nur ein Teil der Wahlbezirke personell abgedeckt werden (mit der Folge, dass sich das lokale Gesamtergebnis entsprechend mindert).

Auch etwas mehr als ein Jahr nach der Gründung ist die Partei äußerst heterogen zusammengesetzt: Wirtschaftsliberal orientierte Mitglieder gehören ihr ebenso an wie Rechts- und Nationalkonservative oder rechtspopulistisch orientierte Mitglieder.¹⁰⁸ Wer sich parteiintern letztlich durchsetzen wird, ist nach wie vor offen. Schwierig gestaltet sich eine Beschreibung der kommunalpolitischen Programmatik(en) der AfD-Kreisverbände. Bisher haben nur wenige lokale Gliederungen der Partei eigene Kommunalwahlprogramme vorgelegt. Andere Kreisverbände beschränken sich darauf, auf Landesebene produzierte Aussagen zu kommunalpolitischen Fragen wiederzugeben.

2.6.2 Zuwanderung

In zwei zentralen Flyern des NRW-Landesverbandes zur Kommunalwahl heißt es unter der Überschrift „Integration und Zusammenleben“: „Basis für erfolgreiche Integration ist die deutsche Sprache und das Bekenntnis zum Grundgesetz.“¹⁰⁹ Weiter wird erläutert: „Der Schlüssel zur Integration ist die Beherrschung der deutschen Sprache. Diese Qualifikation muss auch durch die zuständigen öffentlichen Stellen auf kommunaler Ebene

konsequent gefördert und gefordert werden. Basis für Integration ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Eine erfolgreiche Integration kann nur auf dem Fundament des Grundgesetzes aufgebaut werden. Kulturelle und andere Parallelwelten lehnen wir ab.“¹¹⁰

Konkretisiert werden die allgemein gehaltenen Aussagen zum Beispiel von der AfD Warendorf. In deren Wahlprogramm heißt es: „Integration findet im Wesentlichen auf der kommunalen Ebene statt und setzt insbesondere den Willen zur Integration voraus.“¹¹¹ Voraussetzung für eine gelingende Integration sei „die Bereitschaft, Werte und Normen der deutschen Gesellschaft zu achten, unsere freiheitlich demokratische Grundordnung vorbehaltlos anzuerkennen sowie die deutsche Sprache zu erlernen, ohne die eine aktive Teilhabe am staatlichen und gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen ist“. Die Warendorfer AfD spricht sich dafür aus, Sprachkurse anzubieten und „alle Möglichkeiten zu fördern, die dem gegenseitigen Kennenlernen und Respektieren dienen – z.B. gemeinsame kulturelle und sportliche Veranstaltungen“. Außerdem setze sich die AfD für die „strikte Anwendung der Gesetzeslage zur Verhinderung von Einwanderung in die Sozialsysteme ein“.

Auf Bildung und Sprach(erwerb) hebt auch die AfD Solingen in ihrem Programm ab.¹¹² „Bildung ist der Schlüssel zur Integration: daher halten wir die verbesserte personelle Ausstattung von Schulen mit hohem internationalen Schüleranteilen für nötig. Integration erfolgt durch Sprache. Integration kann nur durch Erlernen und Anwendung der deutschen Sprache gelingen.“ An dieses Bekenntnis zur Integration schließen sich freilich Aussagen an, die für ein rechtes Wählerklientel attraktiv klingen. So ist für die AfD Solingen Integration offenbar eine Leistung, die letztlich doch allein oder sehr überwiegend von Migranten zu erbringen ist: „Integration erfolgt durch Fordern.“ Wie ein Ruf nach schlichter Assimilation klingt es, wenn der Kreisverband festhält:

„Förderung im Integrationsbereich kann nur auf Angleichung hinauslaufen, nie zur Bevorzugung spezieller Sicht-, Lebens- und Verhaltensweisen.“ Das alles soll auch ganz praktische Folgen für die Stadtverwaltung haben: „Alle kommunalen Stellen sollen angehalten sein weitestgehend nur noch in Deutsch zu kommunizieren. (Formulare, Beratungen etc.)“ Auch vor einer Gefahr der Bildung „juristischer Parallelwelten (Scharia)“ warnt die Solinger AfD.

Mit solchen „Parallelwelten“ beschäftigt sich auch die Essener AfD in ihrem Wahlprogramm.¹¹³ „Sogenannte ‚Friedensrichter‘“ würden „eine massive Untergrabung des deutschen Rechtsstaates“ darstellen. Die Stadt müsse gegen solche Auswüchse vorgehen. Allgemein heißt es: „Menschen mit Migrationshintergrund dürfen sich nicht in ihren Kulturkreisen und Stadtteilen mit ihren Traditionen und Wurzeln von der deutschen (sic!) abschotten.“ Daher sei es wichtig, „dass sie sich den hier geltenden Regeln und Rechtsnormen unterwerfen“. Unterschiedslos verlangt die AfD „verpflichtende Zusatz-Deutschstunden“ für „Kinder mit Migrationshintergrund“. Für „kontraproduktiv“ hält sie „die Ausgabe von ‚Halal‘-Essen an Schulen (...), da hier eine Abschottung der Migranten in alten Werten und Traditionen gefördert wird“.

Typisch für die AfD ist die Unterscheidung zwischen volkswirtschaftlich nützlichen Zuwanderern und solchen Zuwanderern, die lediglich die Sozialkassen belasten. Bei der AfD Duisburg klingt das so:¹¹⁴ „Deutschland, wie auch Duisburg, braucht Zuwanderung. Dies sind Tatsachen. Tatsache ist aber auch, dass wir ausschließlich qualifizierte Zuwanderer brauchen. Das haben auch andere Industrienationen erkannt und regeln den Zufluss an Zuwanderern anhand verschiedener Kriterien. Dazu gehören unter anderem eine vorhandene Ausbildung, gute Sprachkenntnisse, Berufserfahrung (um welchen Beruf handelt es sich?), der finanzielle Hintergrund (Eigenfin-

nanzierung) und der Integrationswille beziehungsweise die Integrationsmöglichkeiten.“ Bisher werde aber versucht, „durch Zuwanderung aus bildungsfernen Kreisen aus dem Ausland den Bevölkerungsschwund zu kompensieren. Dieser Versuch ist auf Dauer zum Scheitern verurteilt“.

Deutliche Sympathien lassen manche AfDler für die von der rechtspopulistischen *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) initiierte Volksabstimmung zur Zuwanderung erkennen. So postete etwa der Sprecher der AfD im Märkischen Kreis, Sebastian Schulze, auf seiner Facebook-Seite das Foto eines Plakates der SVP („Masseneinwanderung stoppen“) und stellte dazu die Frage: „Warum darf die Schweiz abstimmen, Deutschland aber nicht?“¹¹⁵

Einer, der mit rechtspopulistischen Tönen agiert, ist der Essener AfD-Kreisvorsitzende Marco Trauten. Einige Stadtteile, notierte er auf Facebook, seien „wirkliche Ghettos“. Die Szenarien von „Elend, Überfremdung, Armut und allgegenwärtiger Gewalt“ seien dort schon heute „düstere Realität“.¹¹⁶ Als Opfer sieht er die „indigene Bevölkerung“, wie er am 6. April schrieb. Als Deutscher sei man „Bürger ‚zweiter Klasse‘ im eigenen Land“. Und er folgert: „Deutschland braucht ein Reset. Der Zeitpunkt der Wiederherstellung sollte besser vor den Globalisierungssträumen und der Fantasie einer glücklichen Multi-Kulti-Gesellschaft mit ewigwährender Party so mancher selbsternannter Gutmenschen liegen.“ Am Tag zuvor hatte Trauten aus dem „Kriegsgebiet Altendorf“ berichtet: „Wer auf CSI/New York steht, kann sich auch mal einen Tag in dieses Stadtgebiet in der Nähe der Innenstadt stellen. Die Bronx lässt grüßen. Öffentliche Übergabe von Drogen, alles dreckig, 90% nichteuropäischer Migrantenanteil und Geschichten von den wenigen Deutschen, die dort noch wohnen müssen, die einem die Haare zu Berge stehen lassen.“¹¹⁷

„Die No-go-Areas wachsen und wachsen, und die CDU begrüßt noch mehr Migranten“, empörte er sich: „Was ist bloß aus diesem Land geworden? Wir sind nicht das Weltsozialamt!“

2.6.3 Propagandathema Roma

Anschlussfähig an rechtspopulistische Diskurse ist eine Passage aus dem Wahlprogramm der Dortmunder AfD: „Bei den 5000 rumänischen und bulgarischen Roma in der Nordstadt handelt es sich um Menschen, die in ihrer großen Mehrzahl keinerlei berufliche Qualifikation besitzen und oftmals Analphabeten sind.“¹¹⁸ Es stelle sich die Frage, „ob sie überhaupt in unsere Gesellschaft integrierbar“ seien. „Hier handelt es sich um eine Zuwanderung in unsere Sozialsysteme, die die Verhältnisse unserer Nordstadt bereits verschärft hat, zu wachsender Kriminalität beiträgt und letztlich auf Kosten aller Bürger die Stadt auch finanziell extrem belastet.“

2.6.4 Propagandathema Asyl

Schnellere Asylverfahren, „insbesondere in offensichtlich aussichtslosen Verfahren“, verlangt die Essener AfD.¹¹⁹ „Asylbewerbende“ würden oft monatelang im Unklaren sein, ob sie in Deutschland eine Zukunft hätten. Andererseits würden die Kosten für die Unterbringung in dieser Zeit stark steigen. „Durch schnellere Bearbeitungszeiten kann beiden Seiten Stress und Ärger erspart bleiben.“

Die Dortmunder AfD bekennt sich in ihrem Programm zunächst zum Asylrecht: „Tatsächlich politisch Verfolgte müssen in Deutschland Asyl finden können.“¹²⁰ Zu einer menschenwürdigen Behandlung gehöre auch, dass Asylbewerber arbeiten dürften. Direkt schließt sich aber eine Einschränkung an: Die „Einwanderung von Scheinasylanten“ müsse verhindert werden. „Dies bedeutet: Einwanderern aus sogenannten sicheren Nichtverfolgerstaaten ist der Status eines Asylberechtigten zu verweigern. Dadurch würde ausgeschlossen, dass Zuwanderer im Rahmen der EU-Freizüigkeitsrichtlinie das Asylrecht missbrauchen,

um Leistungen aus dem Asylleistungsgesetz möglichst lange zu erhalten, die ihnen ansonsten nicht zustünden.“

2.6.5 Propagandathema Islam

Mit dem Thema „Religiöser Extremismus“ beschäftigt sich die Duisburger AfD in einem Kapitel ihres Wahlprogramms. Man begrüße „das harmonische und friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit“, heißt es dort.¹²¹ „Mit ihnen zusammen wollen wir gegen Anhänger fundamentalistischer Ideologien vorgehen, um das positive Ansehen einer toleranten Religionsausübung nicht zu beschädigen.“ Nach einem Hinweis auf gefährliche Bestrebungen salafistischer Gruppe heißt es weiter: „Vielen islamischen Verbänden und Organisationen geht es nicht nur um Religion, sondern ganz wesentlich auch um Politik. Wir fordern ein klares Bekenntnis der hiesigen islamischen Verbände zur Trennung von Staat und Religion.“

Frank Neppe, stellvertretender Sprecher im Märkischen Kreis, gehört bei Facebook der Gruppe „Iserlohn Gegen Barendorfer Moschee“ an.¹²² Dort gab er am 25. März bekannt, die AfD werde sich gegen den Bau der Moschee einsetzen. Zugleich warb er um Unterstützung für seine Partei: „Wir wollen die Moschee in Barendorf verhindern! Dafür brauchen wir Unterstützung. Helft uns mit eurer Unterschrift, damit wir in den Iserlohner Stadtrat einziehen können um dann den Kampf gegen das Vorhaben der Altparteien aufzunehmen.“

2.6.6 Aktionen/Aktivitäten

Demonstrationen oder Kundgebungen der Partei zu den Themen Zuwanderung oder Asyl sind nicht zu erwarten. Solche Aktionen widersprüchen auch dem Bild, das die Partei von sich zeichnet.,

2.7 Parteifreie Neonazis

2.7.1 Kommunalpolitik / Kandidaturen



„Parteifreie“ Neonazis stehen bei der Kommunalwahl nicht auf den Stimmzetteln. Sie unterstützen aber zum Teil extrem rechte Parteien.

2.7.2 Zuwanderung

Die Propaganda „parteiloser“ Neonazis unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Argumentation und Agitation von NPD und *Die Rechte*.

Im Raum Unna lässt sich eine enge Zusammenarbeit zwischen dem NPD-Kreisverband Unna/Hamm und dem *Freien Netz Unna* beobachten, unter anderem durch identische Veröffentlichungen auf den jeweiligen Internetseiten oder durch gemeinsame (Flugblatt-) Verteilaktionen. Das FNU zeichnet das Bild eines absehbaren „Volkstodes“: „Deutsche sterben weg wie die Fliegen, ohne Nachkommen zu zeugen, während Ausländer die in Deutschland leben ein Kind nach dem anderen in die Welt setzen.“¹²³ 2030 würden „wir Deutschen in unserem eigenen Land in der Minderheit sein“, heißt es am Beispiel Bergkamens – einer Stadt, die „den meisten Menschen im Kreis Unna mittlerweile besser bekannt als ‚Klein Istanbul‘“ sei, wie die Neonazis schreiben.¹²⁴

Die angebliche Situation in Essen skizziert die *Division Altenessen*. Gewalt gegen Deutsche sei im Norden der Stadt an der Tagesordnung, meinen sie,¹²⁵ um sogleich zu klagen, in den Medien werde „so gut wie nie dabei erwähnt dass es sich bei den Tätern um ausländische

und zumeist libanesische Aggressoren handelt“. Anschließend wird alles wild zusammengeführt, was in den Augen der Neonazis als Problem gilt: Kriminalität – soweit „Ausländer“ verantwortlich sind –, „Überfremdung“, der Islam, die Asylpolitik: „Diese Stadt hat ein Problem mit kriminellen, gewaltbereiten und nicht anpassungsfähigen Nichtdeutschen und trotzdem wird dem Stadtteil Altenessen eine libanesisch, muslimische Moschee auf's Auge gedrückt. Eine Turnhalle in Frintrop wird kurzer Hand in ein Asylantenheim verwandelt. Kupferdreh befindet sich im Streit, da vor Ort eine Schule zum Übergangsort für Asylbewerber werden soll! Was müssen Essener Bürgerinnen und Bürger noch erdulden, was muss noch geschehen bis die Regierenden die Augen öffnen?“

2.7.3 Propagandathema Roma

An diversen Aktionen von Parteien und Bürgergruppen, die sich gegen Roma richteten, beteiligten sich im vorigen Jahr insbesondere Neonazis in Duisburg. Quasi als ideologische Rechtfertigung könnte ihnen eine Stellungnahme dienen, die der *Freie Widerstand Oberhausen* veröffentlichte. Sie beschäftigte sich mit einer Vereinbarung Hessens mit einer Organisation von Sinti und Roma. In dem Beitrag des FWOB werden die „Anbieterorgien der politischen Klasse in Richtung der Zigeuner in Deutschland“ beklagt, die „immer abstoßendere Züge“ annehmen würden.¹²⁶ Von einer „historischen Verantwortung“ angesichts der „Behandlung der Zigeuner im historischen Nationalsozialismus zwischen 1933 und 1945“ wollen die Neonazis aus dem Ruhrgebiet nichts wissen. Welche „historische“ Verantwortung man für die „umstrittene Volksgruppe“ trage, die durch ihren Zuzug dazu beitrage, „die kulturelle, ethnische und sprachliche Identität des deutschen Volkes“ zu gefährden, fragt der FWOB. Seine Antwort: „So langsam sollten Menschen aber mal begreifen das wir keine Schuld mehr haben sondern FREI sind! Frei von jeglicher Schuld

die man uns zuspricht! Wir sind keinem eine Busse schuldig und schon gar keine Rechtfertigung!“

2.7.4 Propagandathema Asyl

Insbesondere das *Freie Netz Unna* startete diverse Aktivitäten gegen eine Asylbewerberaufnahmeeinrichtung im Stadtteil Massen. In der Regel fanden die Aktionen koordiniert mit der NPD statt. Wie die NPD macht sich das *Freie Netz* zum Fürsprecher der „einheimischen“ Steuerzahler: „Ach übrigens, die Anerkennungsquote dieser angeblichen Verfolgten pendelt so um 1 %. Das heißt von 1200 Bewohnern haben 12 (!!) Anspruch auf Asyl. Die Anderen werden sich nach jahrelangen Verfahren, die der deutsche Steuerzahler (nämlich wir alle) bezahlen darf, weiter in der BRD als Geduldete herum drücken, und wenn sie hartnäckig genug sind (und das sind sie) anschließend mit einer Aufenthaltsgenehmigung versehen die Segnungen des bundesdeutschen Sozialstaates genießen.“¹²⁷ Die Solidarität gelte „den deutschen Anwohnern, die nun unter den mit Asylbewerbern üblicherweise einhergehenden Delikten (Rauschgift-handel, Einbrüche, Überfälle, usw.) zu leiden haben“.¹²⁸

Wie beim FNU wird auch bei anderen „parteilosen“ Neonazis gedacht und agitiert. „Es interessiert die, vor multikulti-geilheit erblindeten, Sozialdezernenten und Stadträte einen Dreck was wir Bürger denken und wollen“, meint die *Division Essen-Altenessen*.¹²⁹ Besonders ältere Bürger und Eltern mit Kindern, aber auch Jugendliche würden sich fürchten, „dass durch die explosionsartige Asylantenwelle auch die Straftaten wieder ins unerdenkliche steigen werden! Drogendelikte, Körperverletzungen, sexuelle Übergriffe – über solche Dinge sprechen Essenerinnen und Essener“. „Etablierte Politiker“ würden aber versuchen, „dem drohenden Asyl-Tsunami gerecht zu werden“.

2.7.5 Propagandathema Islam

Regelmäßig sind auch „parteilose“ Neonazis mit von der Partie, wenn in den Kommunen gegen den Neubau von Moscheen mobil gemacht wird. Beispielhaft dafür ist die Propaganda der DAE gegen dem Umzug einer Moschee von Katernberg nach Altenessen¹³⁰ Die *Division* setzt im konkreten Fall daran, dass diese „kulturfremde“ Moschee vor allem von Gläubigen besucht werden würde, die aus dem Libanon stammen. „Das brutale Zusammenschlagen, Überfallen und Ausrauben“ liege eher als Friedfertigkeit in der Natur der „Libanesen“, „wie schon so viele Essener Bürgerinnen und Bürger am eigenen Leibe spüren mussten“, heißt es.

2.7.6 Aktionen/Aktivitäten

Zu erwarten ist, dass „parteilose“ Neonazis manchenorts die NPD unterstützen könnten, etwa bei der Plakatierung, bei der Materialverteilung, bei kleineren Demonstrationen oder Kundgebungen. Auch *Die Rechte* könnte von einer solchen Hilfe durch „Parteilose“ profitieren, insbesondere bei der Dortmunder Demonstration zum 1. Mai.

3. Handlungsanforderungen

Die hier aufgeführten Handlungsanforderungen sind inhaltlich angelehnt an das Positionspapier „10 Punkte gegen rassistischen Populismus“, das 2010 vom Landesintegrationsrat NRW initiiert und von zahlreichen kommunalen Integrationsräten und Initiativen unterstützt worden ist.¹³¹

1. Verantwortung zeigen

In den Kommunen müssen Politik und Gesellschaft offensiv den Kampagnen der extremen Rechten entgegenreten. Hierzu gehört ein deutliches Bekenntnis kommunaler Einrichtungen und politischer Entscheidungsträger zum Engagement gegen jegliche rassistische Interventionen vor Ort. Im Alltag muss deutlich gemacht werden, dass Gleichgültigkeit gegenüber solchen Aktivitäten das Einfallstor

für kommunale Verankerung von Rechtsaußen ist. Daher gilt es, jeglichen rassistischen Agitationsversuchen eine Absage zu erteilen.

2. Kommunen national und auf EU-Ebene unterstützen

Die Kommunen dürfen nicht mit den vielfältigen und kostenintensiven Aufgaben zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen allein gelassen werden. Deshalb müssen für den Umgang mit Zuwanderung eine finanzielle Grundlage für kurz-, mittel- und langfristige Hilfsmaßnahmen geschaffen und der rechtliche Rahmen überprüft werden. Hierzu muss im nationalen Rahmen der Bund finanzielle Unterstützung bereitstellen. Auf europäischer Ebene müssen mit den Herkunftsländern politische Lösungen im Umgang mit der Flüchtlingsfrage erarbeitet und es müssen auch auf EU-Ebene finanzielle Mittel zur Versorgung von Armutsflüchtlings bereitgestellt werden.

Um wirkungsvoll rassistische Kampagnen von Rechtsaußen gegen Flüchtlinge und Asylsuchende unterbinden zu können, müssen bei der Flüchtlingsunterbringung und Versorgung besonders in sozial benachteiligten Stadtteilen finanzielle Soforthilfen bereitgestellt werden. Hier steht der Bund als Hauptakteur zur Schaffung angemessener Rahmenbedingungen für die Kommunen in der politischen Pflicht.

3. Sachkenntnis herstellen

Zur Entwicklung einer wirksamen Handlungsstrategie gegen Rechts ist eine profunde Kenntnis der Strukturen, der propagandistischen Inhalte und der Akteure der extremen Rechten vor Ort und deren Netzwerken Voraussetzung. Über die organisatorische Struktur und die inhaltliche Ausrichtung extrem rechter Gruppierungen

gen im kommunalen und regionalen Rahmen müssen aktuelle Informationen erstellt und aufbereitet werden.

4. Vorbeugung und Aufklärung betreiben

Zur vorbeugenden Unterbindung von rechtsextremer Ideologie müssen Aufklärung und pädagogische Maßnahmen dort eingesetzt werden, wo Kampagnen von Rechtsaußen Wirkung zu entfalten versuchen. Von zentraler Bedeutung sind hierbei sozialräumlich etablierte „Mittler“ zur Stärkung von zivilgesellschaftlichem Engagement gegen Rechts und für ein demokratisches Zusammenleben - auch und gerade in problembelasteten Stadtteilen.

5. Engagement von unten stärken

Die Auseinandersetzung mit rassistischem Populismus kann nicht an die Politik delegiert werden. Gestaltungsspielräume des Rechtsextremismus nachhaltig einzuengen, wird in erster Linie durch die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erreicht.

Eine Kommune, die offensiv und aktiv die demokratische Gemeindekultur stärken will, braucht ein breites und vielfältiges zivilgesellschaftliches Engagement unterschiedlicher Organisationen. Von Bedeutung ist die Kooperation zwischen öffentlichen und kommunalen Einrichtungen mit Bürgerhäusern und Nachbarschaftsheimen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden, Gewerkschaften, Schulen, Jugendzentren, interkulturellen Begegnungsorten, Vereinen, antirassistischen und antifaschistisch orientierten Initiativen und Migrantenorganisationen.

6. Bündnisse gegen Rassismus fördern

Zur nachhaltigen Bekämpfung von Rechtsextremismus ist die entschiedene Positionierung gegen Rassismus nur die eine Seite der Medaille: Zugleich müssen kommunale Bündnisse für demokratische Vielfalt und Toleranz geschaffen werden, in denen auch Vertreter von Zuwanderer-Vereinigungen eine aktive Rolle spielen. Integrationsräte sowie unterschiedliche Organisationen von Zugewanderten spielen bei kulturellen, sozialen und bildungspolitischen Integrationsmaßnahmen eine gro-

ße Rolle. Sie tragen dazu bei, interkulturelles Alltagsleben erfahrbar zu machen. Ihren Potentialen muss öffentliche Anerkennung und gesellschaftliche Wertschätzung zukommen.

7. Demokratische und interkulturelle Identifikationsangebote schaffen

Zuwanderung muss im lokalen Geschehen als gesellschaftliche Normalität verständlich gemacht werden, die für kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar ist. Hilfreich hierzu kann die Formulierung eines kommunalen Leitbildes für ein multikulturelles Miteinander sein, über das zugleich Zielvorgaben zur Verbesserung und Institutionalisierung von Maßnahmen erarbeitet werden. Die Bereicherung eines lebendigen interkulturellen Miteinanders muss stärker öffentlich herausgestellt werden. Hierzu können innovative oder bewährte kommunale Beispiele gelungener Aktivitäten für interkulturellen Austausch öffentlich vorgestellt und zur Nachahmung empfohlen werden.

8. Integrationspolitik aktiv gestalten

Die kommunale Integrationspolitik ist von zentraler Bedeutung für das friedliche Zusammenleben in einer multiethnischen Kommune. Einer Politik, die Integration von Zugewanderten als Querschnittsaufgabe versteht, kommt eine herausragende Bedeutung in der Bekämpfung des Rechtsextremismus zu. Eine nachhaltige Integrationspolitik ist ein zentrales Mittel zur Vorbeugung gegen rassistische Hetze. Hierzu sind verstärkte finanzielle und politische Anstrengungen vonnöten, um kommunale Handlungspotentiale stärken und die rechtlichen und sozialen Benachteiligungen zugewanderter Bevölkerungsteile beseitigen zu können.

9. Interkulturelle Konflikte und „Angst-Themen“ offensiv diskutieren

Eine Einflussmöglichkeit erhält die extreme Rechte dort, wo sie politische Leerstellen besetzen kann. Integrationspolitische Fragen und Probleme müssen deshalb offen

unter demokratischen Vorzeichen mit dem Ziel erörtert werden, zu Lösungen für ein respektvolles interkulturelles Miteinander zu kommen. Hierzu gehören auch kritische Fragen zu Problemen im Zusammenleben verschiedener „Kulturen“ (die keine homogenen Blöcke sind). Bei der Auseinandersetzung mit integrationspolitischen Fragen ist das interkulturelle Klima in einer Kommune von entscheidender Bedeutung. Eine wirksame Auseinandersetzung mit rechtspopulistischer Instrumentalisierung interkultureller Konfliktthemen beinhaltet konstruktive Kritik an integrationspolitischen Fehlentwicklungen unter aktiver Einbeziehung von Interessengruppen von Zugewanderten.

10. Kulturkampf-Parolen und Hetze gegen Asylsuchende unterbinden

Dem Rassismus von Rechtsaußen muss eine Politik der Anerkennung gesellschaftlicher Vielfalt entgegengesetzt werden. Das beinhaltet auch einen kritischen Blick auf die politische Mitte. Jeglichen Kampagnen auf dem Rücken von Zugewanderten ist daher eine deutliche Absage zu erteilen. Populistische Kulturkampf-Parolen und Hetze gegen Zuwanderer verdecken reale Probleme und verstärken rassistische Ressentiments. Angesichts der vielfältigen sozialen und integrationspolitischen Anforderungen in Nordrhein-Westfalen ist eine Politik erforderlich, die sich den integrationspolitischen Anforderungen einer Einwanderungsgesellschaft unter der Prämisse eines gleichberechtigten und respektvollen Miteinanders offensiv stellt. Dies beinhaltet eine deutliche Ansage an jeglichem rechten Populismus.

4. Informationsquellen und Beratungsangebote

Ansprechpartner vor Ort: Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW

Seit dem Jahre 2008 wurde im Bundesland Nordrhein-Westfalen eine Mobile Beratung

gegen Rechtsextremismus aufgebaut. Als Vorbilder dienten seinerzeit die Mobilen Beratungsteams, die sich bereits während der 1990er Jahre in Ostdeutschland gegründet hatten.

Die Mobile Beratung unterstützt unter anderem Verwaltungen, Vereine, Bündnisse, Parteien, Schulen, Kirchengemeinden und Religionsgemeinschaften sowie Einzelpersonen bei Problemlagen mit extrem rechten Hintergründen. Darüber hinaus sehen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Aufgabe darin, alle Formen demokratischen Engagements in unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereichen zu fördern.

Landesweite Organisation

In jedem der fünf nordrhein-westfälischen Regierungsbezirke arbeitet ein zuständiges Beratungsteam. Als Träger stehen Stadtverwaltungen, die Evangelische Kirche von Westfalen sowie eine Erwachsenenbildungseinrichtung zur Verfügung. Koordiniert wird die Arbeit über die Landeskoordinierungsstelle Rechtsextremismus, die eingebunden ist in die Projektgruppe „Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ beim Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes NRW.

Beratung bei Problemlagen

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus arbeitet aufsuchend, kostenlos sowie nach dem Prinzip der Freiwilligkeit und folgt einem systemischen Ansatz. Das bedeutet, sie orientiert sich an den vor Ort vorhandenen Bedarfen und Ressourcen und versucht, möglichst viele das Umfeld der Beratung betreffende Akteure einzubeziehen. Im Verlauf einer Beratung entwickeln die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemeinsam mit dem Beratungsnehmer oder der Beratungsnehmerin Handlungsziele, die in einem Prozess schrittweise verwirklicht werden sollen. Nach Beendigung der Arbeit erfolgt eine gemeinsame Auswertung.

Die Arbeit der Mobilen Beratung versteht sich als Hilfe zur Selbsthilfe. Das Ziel besteht nicht nur darin, konkrete Problemlagen durch gezielte Interventionen zu überwinden, sondern auch darin, in den jeweiligen Beratungskontexten Kompetenzen und Strukturen zu entwickeln, die eine langfristige Handlungssicherheit gewährleisten.

Weitere Tätigkeiten der Mobilen Beratung

Über die Unterstützung bei konkreten Vorfällen hinaus, ist die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in NRW gleichermaßen ansprechbar für die Durchführung und Begleitung präventiver Maßnahmen innerhalb von Organisationen und Institutionen. Dazu gehören etwa die Schulung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Umgang mit Rechtsextremismus, Rassismus oder anderen Formen von Diskriminierung, die Entwicklung von Satzungen oder die Förderung von Vernetzung.

Zudem dokumentieren die Mobilen Beratungsteams die Entwicklung der extremen Rechten

in NRW und stellen ihre Analysen in eigenen Publikationen der Öffentlichkeit zu Verfügung und sind ansprechbar für Journalistinnen und Journalisten.

Mit ihrer Expertise unterstützen die Träger der Mobilen Beratung derzeit auch die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus durch die Landesregierung NRW. In diesem Zusammenhang führten sie unter anderem Ende des Jahres 2013 Regionalkonferenzen zur Bedarfserhebung durch, an denen sich landesweit mehr als 400 im Themenfeld tätige staatliche und zivilgesellschaftliche Akteure beteiligten.

Förderung

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus NRW wird gefördert durch das Programm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ des Bundesministeriums für Fami-

lie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) sowie durch das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) des Landes NRW.

Kontakt: www.mobile-beratung-nrw.de

Zeitschriften und Informationsportale

- Blick nach rechts. Infoseite, online unter: www.bnr.de
- Lotta. Antifaschistische Zeitung aus NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz, online unter: www.lotta-magazin.de/
- Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf, online unter: <http://www.forena.de/>
- Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus in NRW, online unter: <http://www.mfkjks.nrw.de/ministerium/rechtsextremismuspraevention/landesnetzwerk-gegen-rechtsextremismus-1.html>
- Netz gegen Nazis. Informationsportal, online unter: www.netz-gegen-nazis.de/
- NRW rechtsaußen. Aktuelle Nachrichten und Hintergrundberichte über die extreme Rechte in Nordrhein-Westfalen, online unter: <http://nrwrex.wordpress.com/>

Literaturempfehlungen

- Peter Bathke/Anke Hoffstadt (Hg.) (2013): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln
- Karima Benbrahim, Ole Jantschek, Barbara Manthe (Hg.) (2014): Salonfähig, trittsicher. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., Düsseldorf (i.E.)
- Annelie Buntenbach/Frank Bsirske/Andreas Keller/Wolfgang Lemp/Dietmar Schäfers/Hans-Jürgen Urban: Ist Europa noch zu retten? Supplement der Zeitschrift Sozialismus 4/2014, Hamburg
- Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.) (2014): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie

und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln

- Patrick Fels, Hans-Peter Killguss und Hendrik Puls (Hg.) (2012): Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte. Beiträge und Materialien 5 der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus im NS-DOK der Stadt Köln, Köln
- Alexander Häusler (Hrsg.) (2008): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden
- Alexander Häusler / Hans-Peter Killguss (Hrsg.) (2008): Feindbild Islam. Rechtspopulistische Kulturalisierung des Politischen. Dokumentation zur Fachtagung vom 13. September 2008, Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus, Köln
- Alexander Häusler (2010): Rechtspopulismus in Gestalt einer Bürgerbewegung, Essen, download: http://www.laganrw.de/data/expertise_rechtspopulismus_2010.pdf
- Alexander Häusler: Europas rechte Ränder, in: Atlas der Globalisierung, Berlin 2012, S. 64-69
- Alexander Häusler u.a.: Die Alternative für Deutschland – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, herausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung NRW, online unter: <http://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>
- Andreas Kemper (2013): Rechte Euro-Rebellen. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster
- Andreas Kemper (2014): Keimzelle der Nation? Familien- und geschlechterpolitische Positionen der AfD, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, online unter: library.fes.de/pdf-files/dia-log/10641.pdf

- Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen: Berichte von unterwegs, Münster 2012, online unter: <http://www.mobim.info/>
- Tomas Sager (2014): Wolf im Schafspelz? Die Partei DIE RECHTE als Sammelbecken für Neonazis, online unter: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/181492/die-rechte>
- Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.) (2011): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden
- Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.) (2008): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts.

Fußnoten

- 1 Dieses Kapitel fußt auf folgenden Beiträgen: Alexander Häusler: Europas rechte Ränder, in: Atlas der Globalisierung, Berlin 2012, S. 64-69; Alexander Häusler: Antimuslimischer Rechtspopulismus – ein Markenzeichen der modernisierten extremen Rechten in Europa, in: Peter Bathke/Anke Hoffstadt (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln 2013; Alexander Häusler: Zwischen Neonazismus und Rechtspopulismus: Aktuelle rechte Erscheinungsformen, in: Karima Benbrahim, Ole Jantschek, Barbara Manthe (Hg.): Salonfähig, trittsicher. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa. Herausgegeben im Auftrag des IDA e. V., Düsseldorf 2014
- 2 Vgl. Rosa Luxemburg Stiftung (Hg.): Neonazistische Mobilisierung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazipartei Goldene Morgenröte in Griechenland, Berlin 2013
- 3 Vgl. Dossier Rechtsextreme Bewegungen in Russland der Bundeszentrale für politische Bildung unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/159428/rechtsextreme-bewegungen-03-05-2013>
- 4 Vgl. Andreas Koop/Holger Marcks/Magdalena Marsovsy: Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn, Münster 2013
- 5 Vgl. Fabian Virchow: Rechter Terror(ismus) in Deutschland. NSU als Prisma, in: Imke Schmincke/Jasmin Siri (Hg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld 2013, S. 71-78
- 6 Vgl. Jan Schedler: Modernisierte Antimoderne: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990-2010, in: Jan Schedler/Alexander Häusler (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus im Wandel, Wiesbaden 2011, S. 17-35
- 7 Vgl. Fabian Virchow/Christian Dornbusch (Hrsg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts. 2008
- 8 Vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen: Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012, S. 78-91
- 9 Vgl. Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 9; Hafeneeger, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommu-

- nale und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 15f.
- 10 Priester, Karin: Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 20
- 11 Vgl. Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 155-169; Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln 2014
- 12 Umfrage: Jeder fünfte Deutsche würde eine Sarrazin-Partei wählen, 05.09.2010. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9409117/jeder-fuenfte-Deutsche-wuerde-Sarrazin-Partei-waehlen.html>, abgerufen am 13.02.2012.
- 13 Vgl. Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover
- 14 Henkel, Laudatio, 6. November 2012. <https://www.facebook.com/hansolafhenkel/posts/498026440229101>, abgerufen am 04.07.2013.
- 15 Henkel trocken, 13.08.2012. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-god-save-europe-not-the-euro/6993876.html>, abgerufen am 10.08.2013.
- 16 Vgl. Alexander Häusler u.a.: Die Alternative für Deutschland – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, herausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung NRW, online unter: <http://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>, abgerufen am 12.12.2013
- 17 Vgl. Thilo Janssen: Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin 2013
- 18 <http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMD16-5192.pdf>
- 19 <http://web6.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=2923>
- 20 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/hagen/?p=375>
- 21 <http://web13.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1409>
- 22 <http://web10.hc042048.tuxtools.net/?p=2998>
- 23 <http://web8.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1744>
- 24 <http://web8.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1726>
- 25 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/duisburg/?p=659>
- 26 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/duisburg/?p=686>
- 27 <http://dortmund.npd-netzdienst.de/?p=208>
- 28 <http://web8.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1726>
- 29 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/bowat/?p=2042>
- 30 <http://web8.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=1776>
- 31 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/bowat/?p=2075>
- 32 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/hagen/?p=365>
- 33 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/bowat/?p=2059>
- 34 <http://web4.hc042048.tuxtools.net/wordpress/?p=210>
- 35 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/hagen/?p=372>
- 36 http://npdunn.v120067.hl-users.com/neue_seite_1.htm
- 37 <http://npdnrw.v120154.hl-users.com/bowat/?p=2055>
- 38 https://www.facebook.com/photo.php?fbid=10152157295739584&set=a.299179259583.146986.268232929583&type=1&relevant_count=1
- 39 <http://web10.hc042048.tuxtools.net/?p=2957>
- 40 <http://rechte-wuppertal.com/?p=1210>
- 41 <http://rechte-hamm.com/?p=2093>
- 42 <http://rechte-hamm.com/?p=1890>
- 43 <http://www.dortmundecho.org/2014/03/geschoente-statistik-auslaender-in-dortmund/>
- 44 <http://www.dortmundecho.org/2014/04/uebersicht-das-kommunalwahlprogramm-von-die-rechte/>
- 45 <http://www.dortmundecho.org/2014/01/fh-dortmund-bald-kann-ueberfremdung-studiert-werden/>
- 46 <http://www.dortmundecho.org/2014/03/die-rechte-schon-jetzt-mitten-im-kommunalwahlkampf/>
- 47 <http://rechte-hamm.com/?p=2186>
- 48 <http://www.dortmundecho.org/2014/04/uebersicht-das-kommunalwahlprogramm-von-die-rechte/>
- 49 <http://www.dortmundecho.org/2014/01/kommunalwahl-2014-asylheime-schliessen/>
- 50 <http://www.dortmundecho.org/2014/03/unbequeme-wahrheit-marokkaner-des-asylheims-grevendicks-feld-gewerbsmaessige-strassenraeuber/>
- 51 <http://www.dortmundecho.org/2014/02/sozialgericht-dortmund-hartz-4-fuer-eu-auslaender/>
- 52 <http://www.dortmundecho.org/2014/02/baustopp-hoerder-moschee-wird-zur-bauruine/>
- 53 <http://rechte-hamm.com/?p=2186>
- 54 <http://rechte-hamm.com/?p=1661>
- 55 <http://rechte-duesseldorf.com/?p=198> und <http://www.multikultur-toetet.info/die-kampagne-multikultur-toetet/>
- 56 http://www.multikultur-toetet.info/140329_weckruf-aachen/
- 57 <http://www.dortmundecho.org/2014/02/infostand-offensive-in-dortmund/> und <http://www.dortmundecho.org/2014/01/einwanderung-aus-osteuropa-mahnwache-vor-arbeitsamt/>
- 58 <http://www.dortmundecho.org/2014/01/1-mai-2014-nationale-demonstration-in-dortmund/>
- 59 <http://pro-nrw.net/kommunalwahl-2014/>
- 60 <http://pro-koeln.org/domet-uns-koelle-koelsch-bliev/>
- 61 <http://essen.pro-nrw.net/euphorie-in-essen-flaechendekender-kommunalwahltritt-sicher/>
- 62 <http://pro-nrw.net/eu-armutseinwanderung-das-boot-ist-voll/>
- 63 <http://leverkusen.pro-nrw.net/brutaler-ueberfall-auf-betagten-senior-im-herzen-von-opladen/>
- 64 <http://leverkusen.pro-nrw.net/einmal-dreister-taschen-diebstahl-in-wiesdorf/>
- 65 <http://leverkusen.pro-nrw.net/trauriger-alltag-in-wiesdorf-handyraub-mal-durch-einen-suedlaender/>
- 66 <http://leverkusen.pro-nrw.net/einmal-dreister-taschen-diebstahl-in-wiesdorf/>
- 67 <http://leverkusen.pro-nrw.net/pro-nrw-sagt-jugendge-walt-in-leverkusen-kampf-an/>
- 68 <http://leverkusen.pro-nrw.net/kriminalitaet-in-leverkusen-explodiert/>
- 69 <http://gelsenkirchen.pro-nrw.net/kriminalitaetsstatistik-fuer-gelsenkirchen-kein-gesteigertes-sicherheitsgefuehl-sperbar/>
- 70 <http://duisburg.pro-nrw.net/kriminalitaetsbericht-legt-schluss-nahe-unsere-eliten-locken-bettler-und-banditen/>
- 71 <http://gelsenkirchen.pro-nrw.net/pro-nrw-gelsenkirchen-mit-70-000-flugblaettern-in-wahlkampf/>
- 72 <http://duisburg.pro-nrw.net/der-armuts-und-asylan-sturm-auf-unsere-stadt/>
- 73 <http://essen.pro-nrw.net/renzel-plant-14-neue-asylbewerberunterkunft/>
- 74 <http://pro-nrw.net/armutseinwanderung-die-sozialen-sicherungssysteme-muss-endlich-gestoppt-werden/>
- 75 <http://pro-nrw.net/asyl-eu-wer-betruegt-der-fliegt/>
- 76 <http://pro-nrw.net/skandal-4-000-e-fuer-asylbewerber-im-monat/>
- 77 <http://pro-nrw.net/127-023-neue-asyl%C2%ADbe%C2%ADwer%C2%ADber-im-jahr-2013-hoehs%C2%ADter-stand-seit-14-jahr%C2%ADren/>
- 78 <http://pro-nrw.net/linke-randale-bei-asylanhoerung-koeln-riehl-bericht-mit-ersten-fotos-und-video/>
- 79 <http://leverkusen.pro-nrw.net/beisicht-asylmissbrauch-muss-endlich-streng-bestraft-werden/>
- 80 <http://pro-nrw.net/moenchenglabach-erhaelt-erstaufnahmeeinrichtung-fuer-asylbewerber/>
- 81 <http://leverkusen.pro-nrw.net/leverkusen-kann-nicht-weltsozialamt-sein/>
- 82 <http://essen.pro-nrw.net/pro-nrw-stellt-kommunalwahlprogramm-fuer-essen/>
- 83 <http://bonn.pro-nrw.net/entdeckung-des-fuellhorns-fuer-asylbewerber/>
- 84 <http://pro-nrw.net/wuppertal-alle-unterstuetzungsun-terschriften-gesammelt-wahlteilnahme-nun-sicher/>
- 85 <http://wuppertal.pro-nrw.net/pro-nrw-meldet-mahnwa-che-gegen-remscheider-islamisten-an/>
- 86 https://www.facebook.com/proNRW.Ennepe.Ruhr/posts/294739080675537?stream_ref=10
- 87 <http://pro-nrw.net/kommunalwahl-premiere-hamm/>
- 88 <http://leverkusen.pro-nrw.net/islamisierung-manforts-schreitet-unaufhaltsam-fort/>
- 89 <http://gelsenkirchen.pro-nrw.net/klar-unerwuenscht-islamistische-bombenstimmung-in-deutschland/>
- 90 <http://pro-nrw.net/wuppertal-alle-unterstuetzungsun-terschriften-gesammelt-wahlteilnahme-nun-sicher/>
- 91 <http://wuppertal.pro-nrw.net/pro-nrw-meldet-mahnwa-che-gegen-remscheider-islamisten-an/>
- 92 <http://pro-nrw.net/wahlkampftour-zur-kommunal-und-europawahl-ab-01-mai-bis-23-mai/>
- 93 <https://www.facebook.com/proNRW/events>
- 94 <http://pro-koeln.org/86-veedel-ein-pro-koeln-dutzende-wahlkundgebungen-vom-26-april-bis-25-mai-in-ganz-koeln/>
- 95 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=f51aa7b7-7133-43ca-b1d4-ed949439fe89>
- 96 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=7c24f4ad-a857-472e-b4ee-273780011f2f>
- 97 <http://www.rep.de/content.aspx?ArticleID=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=4469d32d-b071-4736-8ebf-9d7a55e02653>
- 98 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=f51aa7b7-7133-43ca-b1d4-ed949439fe89>
- 99 http://www.news4press.com/Meldung_805834.html
- 100 <http://www.rep-nrw.de/?ArticleId=819be942-0f85-43c7-9b9b-68582517a80e&ObjectId=ef3e56c4-495c-4ab9-bd43-ab958feca8d9>
- 101 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=345dcf32-e550-4e3c-9dd3-58428c6e5fc8>
- 102 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=7427b1fd-374b-4fbc-8122-6b2e90c4b59c>
- 103 <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=00f456c7-0e3d-4dc6-a9d9-1d73ab41af03>
- 104 http://www.news4press.com/Meldung_805834.html
- 105 <http://www.nrw-alternativefuer.de/statement-des-landessprechers-dr-hermann-behrendt-2/>
- 106 Bei Redaktionsschluss dieser Untersuchung lag noch keine landesweite Komplettauswertung für alle Parteien und alle Gebietskörperschaften vor.
- 107 <http://www.nrw-afd.de/afd-tritt-flaechendeckend-zur-kommunalwahl-2014-an/>
- 108 <https://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>
- 109 http://www.nrw-alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/04/EuroKom_AussenN.png und http://www.nrw-alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/KomKom_Aussen.png
- 110 http://www.nrw-alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/04/EuroKom_InnenN.png und http://www.nrw-alternativefuer.de/wp-content/uploads/2014/03/KomKom_Innen.png
- 111 http://www.waf-afd.de/wp-content/uploads/2014/01/Wahlprogramm-Kreitag-2014_beschlossen.pdf
- 112 http://afdsf.files.wordpress.com/2013/06/afd-kommw_2014_v1-final.pdf
- 113 <http://www.afd-ruhr.de/kommunalwahl-programm/>
- 114 http://www.afd-duisburg.info/docs/Mut_zu_Duisburg.pdf
- 115 <https://www.facebook.com/photo.php?fbid=687323201318882&set=a.191881384196402.61838.100001236262294&type=3&theater>
- 116 https://www.facebook.com/marco.trauten.3/posts/578930245547230?stream_ref=10
- 117 https://www.facebook.com/marco.trauten.3/posts/578400728933515?stream_ref=10
- 118 <http://www.afd-dortmund.de/wp-content/uploads/2014/03/AfD-Kommunalwahlprogramm-2014.pdf>
- 119 <http://www.afd-ruhr.de/kommunalwahl-programm/>
- 120 <http://www.afd-dortmund.de/wp-content/uploads/2014/03/AfD-Kommunalwahlprogramm-2014.pdf>
- 121 http://www.afd-duisburg.info/docs/Mut_zu_Duisburg.pdf
- 122 <https://www.facebook.com/groups/535112613220983/>
- 123 <http://logr.org/nwunna/2014/03/18/bergkamen-der-volkstod-geht-um-immer-mehr-leere-gebäude/>
- 124 <http://logr.org/nwunna/2014/02/02/bergkamen-strassenraub-durch-tuerkenbande/>
- 125 <http://logr.org/divisionaltessen/2013/10/10/frueh-uebt-sich/>
- 126 http://fwoberhausen.info/index.php?site=news_comments&newsID=597
- 127 <http://logr.org/nwunna/2014/03/19/massen-nord-dakommt-freude-auf-1000-asylanten-mehr/>
- 128 <http://fk-oberberg.info/wp/2014/03/02/weiteres-asylan-tenheim-marienheide/>
- 129 <http://logr.org/divisionaltessen/2014/02/27/multikulti-fanatismus/>
- 130 <http://logr.org/divisionaltessen/2013/09/04/salah-eddin-moschee-zieht-nach-altessen/>
- 131 Vgl. http://www.laga-nrw.de/data/expertise_rechtspopu-

Die Internetseite zur Wahl www.integrationsratswahlennrw.de



Integrationsratswahlen NRW

Teilnehmen | Mitgestalten | Mitentscheiden

Helmholtzstraße 28 · 40215 Düsseldorf
Fon: 02 11 / 9 94 16 0 · Fax: 02 11 / 9 94 16 15
E-mail: info@landesintegrationsrat-nrw.de
Internet: www.landesintegrationsrat-nrw.de



Der Landesintegrationsrat NRW wird institutionell gefördert vom Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen